

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zufüllgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 D. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschiff u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkreditkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 221

Bromberg, Mittwoch den 27. September 1933

57. Jahrg.

Göbbels in Genf.

Die Tagung hat begonnen . . .

Durch die Reise des Propagandaministers Dr. Göbbels nimmt der Nationalsozialismus, seit er in Deutschland an der Macht ist, zum ersten Mal offiziell die Führung mit dem Auslande auf. Bisher hatte er immer nur durch rein innerpolitische Kundgebungen und Reden das feindliche Ohr der Welt gesucht. Die Grenzen solcher Bemühungen liegen auf der Hand. Göbbels selber hat sie in seinen letzten Reden deutlich gezeichnet, indem er darauf hinwies, daß endgültig die Vorurteile, die in der Welt herrschen und von den Gegnern des Nationalsozialismus genährt werden, erst durch Leistungen und den Eindruck, den sie mit der Zeit auf das Ausland machen müssen, überwunden werden können. Es ist aber nur folgerichtig, daß bis dahin nichts unversucht gelassen wird, was zur Auflösung dienen könnte. Die Reise des Reichspropagandaministers gerade nach Genf, in die Stadt des Völkerbundes, ist eine Art Gang in die Höhle des Löwen. Er wird sich aber lohnen. Dr. Göbbels hat sich schon bereit erklärt, die in Genf sehr zahlreich versammelten Vertreter der Weltgesellschaft zu empfangen und alle Fragen, die an ihn gerichtet werden, zu beantworten. Das wird sicherlich dazu beitragen, die Kenntnisse vom neuen Deutschland zu vertiefen und zu verbreiten. Demselben Zweck werden auch die persönlichen Aussprachen mit den verschiedenen in Genf anwesenden fremden Delegierten und Staatsmännern dienen, von denen eine mit dem englischen Außenminister Sir John Simon schon stattgefunden hat. Schließlich wird Dr. Göbbels selber Gelegenheit haben, das internationale Parkett, das es gibt, zu studieren und auf Werbungsmöglichkeiten hin zu untersuchen. Das gilt für alle deutschen Forderungen an die Welt, besonders aber für die Abrüstungsansprüche.

Über sie sind die Besprechungen bereits in Gang gekommen. Vor allem sind die deutschen Delegierten über das ins Bild gesetzt worden, was in Paris verhandelt wurde. Wie man weiß, sind die Ergebnisse recht mager. Die Franzosen scheinen aber das kennen um keinen Preis aufgeben zu wollen. Ihre Zeitungen sind nach wie vor sehr optimistisch, aber offenbar weniger wegen des bereits erreichten Verhandlungsergebnisses, als weil sie mit Sicherheit auf das englische Bedürfnis nach Sicherheit auf dem Kontinent spekulieren zu können glauben. Sie werden auch vor Drohungen nicht zurücktrecken. Und sie haben sich eine ganze Menge vorgenommen. Sie wollen — ohne Beweis ausgedrückt — eine Kontrolle einrichten, die praktisch nur Deutschland trifft und sich so eng an den Vertrag anlehnt, daß auch Sanktionen bei Verfehlungen nicht ausgeschlossen sein sollen. Zunächst soll der gegenwärtige Rüstungszustand Deutschlands untersucht werden, sodann soll innerhalb von vier Jahren die Reichswehr umgebildet werden, was das Reich für diesen Zeitraum natürlich völlig wehrlos machen würde, und erst wenn die Deutschen in dieser Zeit von den Untersuchungskommissionen als würdig befunden werden, wollen die Franzosen und die übrigen mit der Abrüstung einsehen. Also wiederum die berühmte Vorleistung, auf die dann weiter nichts mehr erfolgt. Es ist begreiflich, daß weder die englische noch die italienische Presse den Optimismus der Franzosen teilt. Denn das alles ist für Deutschland unannehmbar!

Ernennung des neuen Völkerbundkommissars in Danzig vertagt.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Genf meldet, ist die Ernennung des neuen Völkerbundkommissars in Danzig vertagt worden. In einem Kommentar hierzu gibt die Deutsche Politische Korrespondenz der Meinung dahin Ausdruck, daß sich die Lage in diesem besonders exponentierten Teil Europas nicht so genügend kläre, wie man dies im Interesse der gegenseitigen Zusammenarbeit hätte wünschen können. Die Korrespondenz nennt die polnischen Stimmen, die sich gegen Kandidaturen richten, welche sich aus Bürgern der dem Bieder-Pakt angehörenden Mächte rekrutieren, wie auch das in der Genfer Presse besprochene Projekt, das Amt des Völkerbundkommissars in Danzig überhaupt nicht zu beobachten, eine groteske Idee, die von deutscher Seite auf Widerspruch stoßen müsse. Derartige Konzeptionen würden nach Ansicht der Korrespondenz von vornherein abgelehnt werden, da sie bei der gegenwärtigen Kräfteverteilung zwischen den beiden Partnern einen Teil des organischen Status der Freien Stadt aus dem durch die Traktate geschaffenen Rahmen heben würden. Die Korrespondenz spricht sich gegen die Kandidatur eines Vertreters der kleineren Mächte aus, mit dem Hinweis darauf, daß sich neue strittige Fragen ergeben könnten, deren Lösung als Vermittler dem Völkerbundkommissar vorbehalten bleiben müsse, der eine größere politische Erfahrung und Autorität besitzt. Schließlich wird betont, daß die Fortsetzung der Politik zwischen Polen und Danzig gute Ergebnisse bei der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen haben könnte.

„Unterbrechung der polnisch-Danziger Idylle.“

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Kurier Poznański“ aus Danzig folgende Meldung:

Am Sonnabend, das ist am Tage nach dem Gegenbesuch des Ministerpräsidenten Józef Piłsudski, ersiehen die Behörden der Eisenbahndirektion eine Verfügung, welche die Entlassung von 21 Danziger Eisenbahnbeamten betraf. Dieser Schritt wird damit begründet, daß die Eisenbahndirektion nach Thorn und Bromberg verlegt wird, wo Danziger Beamte überflüssig sind. Der Danziger Senat wollte indessen diese Begründung nicht verstehen, und er intervenierte noch am gleichen Tage in ungewöhnlicher Weise bei dem polnischen Generalkommissar Dr. Papież und drohte, daß, wenn die Entlassung der Danziger Eisenbahnbeamten nicht zurückgezogen würde, der Se-

nat sich sofort an den Hohen Kommissar des Völkerbundes Herrn Rosling wenden würde, damit er den Schritt der Eisenbahndirektion als action directe anerkenne.

Die Lage ist sehr gespannt. Nebenbei muß gesagt werden, daß anscheinend die entscheidenden Faktoren in Warschau von der technischen Seite des Gegenbesuchs des Ministerpräsidenten in Danzig nicht befriedigt sind. Als deutliche Taktlosigkeit wird der Umstand bezichnet, daß anscheinend (!!) die Danziger das Spielen der polnischen Nationalhymne verhindert haben, und daß bei dem Empfang im Altstädtischen Rathaus eine Begegnung der polnischen Minister mit den Vertretern der freien wirtschaftlichen Kreise in Danzig nicht zugelassen wurde.

Wir haben schon gestern über den nationaldemokratischen Griesgram geschrieben. Er saß nicht mit am Tische; das hat ihn geschmerzt.

Torgler beteuert seine Unschuld.

Leipzig, 26. September.

Die zweite Woche des Reichstags-Brandstifter-Prozesses begann unter denselben äußersten Umständen, wie sie bisher den Prozeß kennzeichneten. Großer, auffallend starker Andrang der ausländischen Presse, der Zuhörerraum ist überfüllt. Vor dem Tor werden schärfste Abspermaßnahmen durchgeführt und eine genaue Waffenkontrolle ausgeübt.

Am gestrigen Montag wurde zunächst — wie wir bereits kurz zu melden wußten — die Schwester des Angeklagten bulgarischen Kommunisten, Dimitroff, vernommen. Sie ist seit 1926 in Moskau in den Staatsinstituten „Marx und Engels“ tätig, seit ihrem 20. Lebensjahr auch in der Partei. Sie hat vor der Untersuchungskommission in London ausgesagt, war in Italien und kam jetzt eben im D-Zug aus Paris. Sie soll und will den Bruder entlasten; aber sie beweist nur, wie stark Dimitroff immer wieder in der Bewegung stand. In Wirklichkeit bringt sie nur Bestätigungen, nichts Neues, gar keine Enslatung. Aus ihren Antworten ergibt sich lediglich, daß sich die drei Bulgaren in Russland oft gesehen haben, was sie bisher verschleiert wollten. Außerdem wurde durch die Aussage bestätigt, wie fanatisch diese drei Bulgaren bereit waren, für die kommunistische Idee einzustehen, mit größten persönlichen Opfern, mit schwerstem Einsatz.

Es beginnt sodann die Vernehmung des letzten bulgarischen Angeklagten.

Taneff — der Dritte der Bulgaren.

Der 36 Jahre alte Schuhmacher Wassil Taneff ist in einem mazedonischen Städtchen als Sohn eines Eisenbahnarbeiters geboren, der 1908 an dem Aufstand der mazedonischen Revolutionäre teilgenommen hat, und 1906 im Kampf gegen die Türken gefallen ist. Der Angeklagte ist im Jahre 1925 wegen Zugehörigkeit zu der verbotenen Kommunistischen Partei Bulgariens zu 12½ Jahren Buchthaus verurteilt worden. Davon hat er 11 Monate abgesessen, bis er amnestiert wurde. In seiner Abwesenheit wurde er dann Anfang 1927 noch einmal zu 12½ Jahren Buchthaus verurteilt, weil er Mitglied des Landeskomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens war. Über seine nähere Tätigkeit in dieser Eigenschaft will er sich aber nicht äußern, um zu vermeiden, daß der bulgarischen Polizei Material in die Hand gegeben wird. Aus dem gleichen Grunde habe er auch keine Angaben über den Weg gemacht, auf dem er nach Russland geflüchtet ist. Er hätte es sonst seinen Geistern in Bulgarien unmöglich gemacht, diesen Weg, der über das Schwarze Meer führt, wieder zu benutzen.

Am 24. Februar 1933 kam Taneff nach Berlin. Er hatte einen Paß mit falschem Namen, den er von einem bulgarischen politischen Emigranten in Moskau erhalten haben will. Der Angeklagte Taneff macht dann das überraschende Zugeständnis,

dass Popoff ebenso wie er Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei war.

Beide haben in ständigem Briefwechsel gestanden. Die Frage, ob er von der Lubbe kenne, beantwortete der Angeklagte verneinend. „Ich bin“, so sagte er, „am 24. Februar zum ersten Mal nach Berlin gekommen. Ich verstehe kein Wort deutsch. Woher soll ich da von der Lubbe kennen?“ Über den Zweck der Berliner Reise fragt, antwortete Taneff: „Ich wollte mit Popoff zusammenkommen, um mit ihm zusammen eine Kampagne für die Amnestierten zu organisieren. Ich sollte auch im Auftrage des Zentralkomitees in Paris arbeiten. Berlin ist deshalb zum Aufenthalt gewählt worden, weil es ein Zentrum ist, das Moskau mit Paris und anderen großen Städten verbindet.“

Torglers Vernehmung.

Nach einer Pause trat eine völlige Änderung der Atmosphäre ein. Der frühere Reichstagsabgeordnete Torgler kam Gelegenheit, über sein Leben zu sprechen. Er benutzte diese Gelegenheit zu einer mit großer Intelligenz vorgetragenen kommunistischen Reichstagsrede, ohne daß ihn der Vorsitzende auch nur mit einem Wort unterbrach.

Torgler erklärte dabei, er wolle die erste Gelegenheit benutzen, um vor der Weltöffentlichkeit seine abso-
lute Unschuld zu beteuern und zu erklären, daß er am Reichstagssaal durchaus unbeteiligt sei.

Nachdem er längere Ausführungen in diesem Sinne gemacht hat, schildert er seinen Lebenslauf.

Er beginnt mit der Darstellung, daß er Proletarierkind sei. Er sei am 25. April 1893 in Berlin als Sohn eines städtischen Arbeiters geboren. Er wollte Volksschullehrer werden, wurde aber Kaufmännischer Angestellter. 1916 wurde er als Armierungssoldat eingezogen. Nach 5 Monaten kam er an die Front, machte die Verdun-Schlacht mit, wurde in der Somme-Schlacht verwundet und wurde dann Fliegerfunker, kam vorübergehend in die Heimat und wurde als FT-Wart ausgebildet. Bevor er wieder an die Front kam, war der Krieg zuende. Zwei Monate lang war er Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Neuruppin.

Da er am 7. Dezember 1924 in den Reichstag gewählt wurde, und seine Tätigkeit als Abgeordneter ihm keine Zeit zu einem bürgerlichen Berufserwerb ließ, gab er am 1. Februar 1925 seine Berufstätigkeit auf und wurde politischer Funktionär. Torgler erwähnt noch, daß er seit 1918 verheiratet ist und einen 14½-jährigen Sohn und eine 12-jährige Tochter hat. Mitgewirkt habe bei seiner politischen Überzeugung die Beeinflussung durch seine Mutter, die seit 50 Jahren Sozialistin sei, nachdem sie 1883 in Bern durch Eduard Bernstein, der dort unter dem Sozialistengesetz im Exil lebte, für den Sozialismus gewonnen wurde. Bis zum Gründungstag der Kommunistischen Partei im Dezember 1920 hat er der USPD angehört. Seither ist Torgler Mitglied der Kommunistischen Partei. Er habe dort, so erklärt er weiter, zunächst kleinere Funktionen ehrenamtlich bekleidet.

Der Angeklagte schildert dann, wie es dazu kam, daß er Vorsitzender der kommunistischen Reichstagsfraktion geworden ist. Das ergab sich, wie er erklärt, daraus, daß er an sich schon stellvertretender Vorsitzender war und den 1. Vorsitzenden Stoecker ablöste, als er krank wurde. Dieses Amt habe er bis Februar 1933 ausgeübt.

Rechtsanwalt Dr. Sack bittet, zu fragen, ob die Tätigkeit Torglers nicht absolut illegal gewesen sei und ob er jemals Mitglied des Zentralkomitees der KPD gewesen wäre. Der Angeklagte Torgler bestätigt, niemals Mitglied des Zentralkomitees gewesen zu sein.

Torgler erklärt dann weiter, daß Rechtsanwalt Sack ihn als Menschen und Kommunisten zwar verteidigte, daß Dr. Sack selbst aber als Nationalsozialist nicht die kommunistische Partei zu verteidigen beabsichtigte, und daß er (der Angeklagte Torgler) sich in vollem Umfang hinter die kommunistische Partei und ihre Tätigkeit stelle. Er will festgestellt haben, daß insbesondere der Angeklagte von der Lubbe zur kommunistischen Partei überhaupt keine Beziehungen gehabt habe. Von der Lubbe habe einem Splitter angehört, der anarchistische Tendenzen pflege.

Eintritt in die sachliche Verhandlung.

Mit den Aussagen Torglers ist der erste Teil der Anklage, die Vernehmung der Angeklagten zur Person, beendet. Der Senat wendet sich nunmehr dem objektiven Sachverhalt zu.

Der Angeklagte von der Lubbe wird aufgerufen und nimmt unmittelbar vor dem Richtertisch Platz. Neben ihm sitzt sein Verteidiger.

Vorsitzender: „Ich rate Ihnen nun, Angeklagter von der Lubbe, und bitte Sie, geben Sie die Antworten auf die Fragen, die ich an Sie stelle, deutlich und laut. Sie müssen sich nun etwas zusammennehmen und dürfen sich Ihrer Ermattung nicht zu sehr hingeben. Es ist für Sie auch notwendig, daß Sie den Sachverhalt klären. Wenn wir Ihre Antworten nicht verstehen können oder mit Ihren Antworten nichts anfangen können, dann bleibt uns nur der andere Weg, den die Strafprozeßordnung uns läßt, nämlich aus den Akten Ihre früheren Aussagen wieder herzustellen. Sie haben früher in manhafter Weise auf jede Frage Rede und Antwort gestanden. Es ist nicht so gewesen, daß man mit Mühe und Not aus Ihnen die Antworten herausziehen müßte. Sie haben doch sehr lebhaft und interessant Ihre Aussagen gemacht, auch wenn Sie nicht gefragt wurden. Haben Sie mich verstanden? Wollen Sie das tun?“

van der Lubbe nicht bejahend.

Der Vorsitzende stellt nun im einzelnen fest, wo der Angeklagte van der Lubbe seit seiner Ankunft in Berlin am 18. Februar gewohnt hat. Nach den Feststellungen des Kriminalkommissars Heitzig übernachtete er vom 18. zum 19. Februar im Männerheim Alexandrinenstraße, in der Nacht vom 19. zum 20. im Ayl für Obdachlose in der Gröbelstraße und in der Nacht zum 21. und zum 22. ebenda. In der Nacht vom 22. zum 23. Februar übernachtete er auf deren Einladung bei einer Frau Pletke in Neukölln. In den folgenden drei Nächten war er wieder im Männerheim Alexandrinenstraße.

Vorsitzender: Ist das so richtig?

van der Lubbe: Ja.

Vorsitzender: Sind Sie am nächsten Sonntag zu einem SPD-Konzert auf den Bülowplatz gegangen?

van der Lubbe nicht zustimmend.

Vorsitzender: Am Mittwoch, dem 22. Februar, hat sich der Angeklagte nach Neukölln begeben, und zwar zum dortigen Wohlfahrtsamt am Mittelweg und hat dort mit mehreren Erwerbslosen gesprochen. Dort hat ein Erwerbsloser gesagt, wie van der Lubbe ein Geldstück in eine Sammelbüchse warf. Ein anderer Erwerbsloser namens Binge soll gesagt haben: Das ist wohl dein letztes Geld?, worauf van der Lubbe bestätigt habe. Als der erste Erwerbsloser wieder aus dem Wohlfahrtsamt herauskam, sah er van der Lubbe im Gespräch mit mehreren Erwerbslosen, unter denen sich Binge und ein gewisser Bachow befanden. Bachow soll erzählt haben, daß in der Sonnen-Allee SA-Männer anderen Arbeitern die SPD- und Rot-Front-Auszeichen abgerissen hätten. Er hätte seinen Freund Binge von gewaltsamer Gegenwehr zurückhalten müssen. Van der Lubbe habe gesagt, man müsse mit Gegenaktionen einsetzen. So sei auch die russische Revolution entstanden. Es müsse also jetzt die Revolution gemacht werden, dazu sei es noch nicht zu spät.

Vorsitzender: Angeklagter Lubbe, ist das so gewesen?

Van der Lubbe: Das kann sein.

Bachow soll dann weiter gesagt haben, man müsse öffentliche Gebäude anstecken, damit das Volk den Anfang der Revolution erkennen könnte.

Vorsitzender: Angeklagter van der Lubbe, haben Sie das gehört?

van der Lubbe: Ja.

Vors.: Auch das mit dem Anstecken?

van der Lubbe: Das speziell nicht. An Genaueres kann ich mich nicht erinnern.

Binge soll dann im Verlauf des Gesprächs geantwortet haben: Dann brauchen wir auch den Reichstag und das Schloß nicht mehr, denn entweder wir kommen an die Macht, und dann sind sie überflüssig, oder die anderen kommen an die Macht, und dann lassen sie uns nicht hinein. Man müsse das Volk entflammen, Gruppen bilden, SA-Leute mit Benzin übergießen und anzünden.

Vors.: Haben Sie das gehört?

van der Lubbe: Ja.

Vors.: Auch, daß man SA-Leute anstecken soll?

van der Lubbe: Nein.

Bachow hat dann weiter gesagt, man müsse nicht bloß einzelne Gebäude anstecken, van der Lubbe soll darauf ganz begeistert gewesen sein. Binge habe den Bachow mit dem Eilenbogen angestochen und gesagt, der Junge ist richtig, den können wir gebrauchen. Lubbe habe dazu gesagt, daß er als Kommunist von der Notwendigkeit der Revolution über-

zeugt sei. Er habe auch schon einige Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt.

Vors.: Haben Sie das gesagt, Angeklagter?

van der Lubbe: Das kann sein.

van der Lubbe soll dann seinen Pass und die rote Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei aus der Tasche gezogen und sich erkundigt haben, wo die KPD ihren Sitz habe.

Vors.: Ist das richtig?

van der Lubbe: Das kann möglich sein.

Als van der Lubbe sich erkundigte, wo man essen gehen könne, haben ihn die beiden anderen in das Restaurant von Schlafle mitgenommen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auch selbst einmal bei den Vernehmungen angegeben hätte, erklärt zu haben, daß öffentliche Gebäude in Brand gestellt werden müssten, hört man von dem Angeklagten van der Lubbe zunächst ein „Ja“, dann aber nach langem Zögern und nach Zwischenfragen seines Verteidigers wieder ein „Nein“. Im übrigen hält er es für möglich, daß er die Ansicht vertreten hat, die Taktik der KPD sei verkehrt und man müsse energischer vorgehen. Auch könnte es wohl sein, daß er zugegeben habe, Kommunist zu sein.

*

Leipzig, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor Beginn der Dienstag-Verhandlung sah man den Verteidiger van der Lubbes, den Leipziger Gerichtsarzt, Obermedizinalrat Dr. Schüß und den Oberrechtsanwalt Dr. Werner auffallend lange miteinander verhandeln. Bei Eintritt in die Hauptverhandlung um 9,45 Uhr gab der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Bünker bekannt, daß man eine Umstellung in der Methode der Vernehmung van der Lubbes habe vornehmen müssen. Der Angeklagte habe anders als in der Voruntersuchung, in der er seine Angaben fließend, eingehend und zusammenhängend mache, in der Hauptverhandlung bisher nur stockend und zum Teil unverständlich geantwortet.

Der Senat hat daher beschlossen, zur weiteren Vernehmung van der Lubbes die früher vernehmenden Personen auszuholen. In erster Linie handelt es sich dabei um den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Hoch, ferner um einige Kriminalbeamte. Diese sollen für morgen geladen werden. Es wird dann die Vernehmung van der Lubbes so erfolgen, daß der Angeklagte zwar gefragt wird, was prozeßual notwendig ist, daß aber anschließend gleich die früher vernehmenden Beamten gehört werden. Es ist allerdings damit nicht gesagt, daß die Aussagen des van der Lubbe bedeutungslos wären. Der Senat ist der Ansicht, daß van der Lubbe alles versteht, und daß die mehrjährige Beobachtung klar gezeigt hat, daß er der Verhandlung folgt und die Antworten, die er gibt, im großen und ganzen mit vollem Bewußtsein abgibt.

Die Umstellung macht eine Änderung in den Prozeßdispositionen notwendig. Es werden heute zunächst die vier einzelnen Brandstiftungsfälle verhandelt.

*

Ein undankbarer Passagier.

Wie die in Belgrad erscheinende Zeitung „Wrem“ meldet, weilte der Hauptangeklagte im Leipziger Prozeß, van der Lubbe, im Jahre 1931 in Belgrad. Er befand sich damals in bitterer Not, und es gelang ihm, das Mitleid eines Schiffskapitäns zu erregen, der ihn unentgeltlich auf sein Schiff nahm. Bevor van der Lubbe das Schiff verließ, verlor er einen Einbruch in die Kajüte des Kapitäns und räubte Geld und Wertpapiere, mit denen er verschwand.

Erdbeben, Pestilenz und teure Zeit . . .

Biblische Plagen in China und der Mandchurie.

Erst spät kommen die Meldungen von den ungeheuren Naturkatastrophen, denen Teile des Fernen Ostens zum Opfer gefallen sind. In der chinesischen Provinz Szechuan sind über 5000 Chinesen durch Erdbeben, die sich zwischen dem 23. und dem 31. August ereignet haben, ums Leben gekommen; eine Strecke von 160 Kilometer im Tal des Minusses ist von schweren Erdstößen heimgesucht worden. Städte und Dörfer sind zerstört. Tausende heimatlos. In den verwüsteten Ortschaften herrscht das Chaos, Hunger und Teuerung droht.

Ein Ort mit über 1000 Einwohnern wurde vollkommen vernichtet und vom Erdboden verschlungen. Die unglücklichen Bewohner sind lebendig begraben worden. Das grausigste Schicksal erlitt die Stadt Tating. Riesige Erdruhe kamen von den sie umgebenden Bergen, und eine Steinlawine, die mit ungeheurer Geschwindigkeit steil hinabstürzte, zerstörte die Stadt von Grund auf. Ganze Felsblöcke wälzten sich von allen Seiten in die Stadt und begruben alles Leben. Die riesenhaften Sachschäden bringen Armut über das ganze heimgesuchte Gebiet, die Verbindungen sind abgeschnitten und die Drahtleitungen zerstört. Daher kommt die Nachricht erst so spät nach Europa.

China ist ein Land der menschenmordenden Katastrophen. Es scheint fast, als wolle die Natur in grausiger, misleidloser Weise den Menschenüberschuß der gelben Rasse eindämmen. Tausende fallen ihren radikal Methoden zum Opfer. Orkane, Überschwemmungen, Erdbeben sind ihre Mittel. Dem Land der ewigen Unruhe, der dauernden Kämpfe ist ein neuer Feind entstanden.

Die Pest hat der Mandchurie den Krieg erklärt. Der schwarze Tod, diese entsetzliche Geißel der Menschheit, deren Namen schon Schrecken verbreitet, hält reiche Gräte unter den gelben Bewohnern der nordmandchurischen Gebiete. Die Pest ist kein unbekannter Gast in der Mandchurie. Das Gebiet gehört zu den endemischen Herden der furchterlichen Krankheit, das heißt, sie ist dort heimisch und tritt dauernd in Einzelfällen auf. Von Zeit zu Zeit aber verbreitet sie sich epidemisch über weitere Gebiete und fordert Unmengen von Todesopfern.

Die letzte große Epidemie in der Mandchurie war in den Jahren 1910/11, damals verzeichnete man über 60 000 Todesfälle. Man kann hoffen, daß die Seuche diesmal nicht solch einen grauenhaften Umfang erreichen wird; denn die Behörden haben bereits umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Allerorts ist der Handel mit Pelzwerk unterbunden worden, und die Bevölkerung wird zur gründlichen Ausrottung der Ratten angehalten, die die verderblichsten Pestüberträger sind.

Für Europa bedeutet die asiatische Epidemie keine Gefahr. Sowohl kennt die medizinische Wissenschaft keine absolut sicheren Abwehrmaßnahmen gegen den schwarzen Tod; sie muß sich darauf beschränken, die Verschleppung der Pest zu verhindern. Dies ist Sache der Regierungen und im engsten Sinn der Hafenbehörden an den Einfahrtstraßen vom

Orient. Eine strenge 10-tägige Quarantäne ist über Schiffe mit pestverdächtigen Kranken verhängt. Da die Krankheit in den meisten Fällen 7 Tage nach erfolgter Ansteckung ansbricht, gewährleistet diese Frist genügend Sicherheit. Seitdem alle europäischen Länder diese Abwehrmaßnahme streng durchhalten, sind die europäischen Pestfälle zu zählen.

Aber das Konto des schwarzen Todes im Mittelalter ist in Europa annähernd so groß wie in den asiatischen Ländern. Damals gab es keine Schutzmaßnahmen, und auch hieß selbstverständliche sanitäre Einrichtungen waren unbekannt. So konnte die Pest ganze Länder entvölkern. Während des 30-jährigen Krieges wütete die Seuche wiederholt in ganz Deutschland und raffte dahin, was der große Krieg und der Hunger verschonten. Wie weit sich die Pest damals verbreite, geht daraus hervor, daß selbst in Island die Seuche wütete. Im 17. Jahrhundert wurde auch England zum letzten Mal von der Pest heimgesucht, dann zog sich die Krankheit mehr auf Südeuropa zurück, siederte hier und da noch einmal in Italien, Südfrankreich und dem Balkan auf. Erschütternde Zahlen an Pestopfern verzeichnet Indien mit den dazugehörigen Inseln. 1896 forderte die in ganz Südostasien wütende Pest in Britisch-Indien allein 12 Millionen Todesopfer. Auf der Insel Java starben in den Jahren 1910/23 80 000 Menschen den schwarzen Tod. Häufig werden in Süddeutschland und in den Alpengebieten Österreichs noch die „Pestäcker“ gezeigt, wo man die an der Seuche Gestorbenen verscharrte, und die Pestkreuze mit der Jahreszahl zeugen von dem großen Sterben.

Republik Polen.

Versammlung der Bauernpartei durch die Polizei auseinandergetrieben.

Warschau, 26. September. (PAT) Am 24. d. M. berief die Volkspartei in Nowy Targ eine illegale Versammlung ein, an der etwa 1000 Personen aus den umliegenden Dörfern teilnahmen. Die Versammlten begaben sich vor das Gebäude der Starostei und forderten die Freilassung der auf Weisung des Prokurraturs am Vortage verhafteten Mitglieder der Partei. Der Starost empfing eine Delegation, der gegenüber er erklärte, daß die Verhafteten frühestens am 25. d. M. nach Verständigung mit dem Prokurator freigelassen werden könnten. Gleichzeitig richtete der Starost an die Delegation die Aufforderung, die Versammlung aufzulösen. Trotzdem nahm die Menge, nachdem die Delegation zurückgekehrt war, weiterhin eine drohende Haltung ein. Das Gebäude wurde mit Steinen beworfen, und man versuchte, das Tor aus den Angeln zu heben. Als die öffentliche Aufforderung des stellvertretenden Starosten an die Menge, auseinanderzugehen, erfolglos blieb, schritt die Polizei ein, die mit Gummiknüppeln die Menge auseinandertrieb. Während dieser Aktion wurde die Polizei mit Steinen und Stöcken angegriffen, so daß einige Polizisten verletzt wurden.

Während eines Patrouillenganges durch die Stadt wurde eine Patrouille durch eine größere Bauerngruppe aus dem Hinterhalt angegriffen. Die Polizei machte in der Notwehr von ihren Schußwaffen Gebrauch, wobei vier Personen verletzt wurden. Schwer verletzt wurden auch drei Polizisten, zehn weitere erlitten leichtere Verletzungen. Eine Civilperson ist auf dem Wege zum Krankenhaus gestorben.

Den Vorgängen am Sonntag ging eine Agitation von Abgeordneten der Volkspartei voran, die die Menge zum Streik aufforderten.

Litauische Gerichtsverfassung in Memel.

Von der litauischen Regierung ist jetzt die litauische Gerichtsverfassung auch für das Memelgebiet in Kraft gesetzt worden. In Memel wird diese Maßnahme als eine neue Verlebung des Memelstatuts angesehen.

Deutsches Reich.

Röhm gegen Sittlichkeitsapostel.

Berlin, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Stabschef Röhm hat einen Aufruf erlassen, in dem er heftig gegen die sich mehrenden Fälle vorgeht, wonach SA-Angehörige gegen Frauen vorgegangen sind, die sich nicht an das Verbot des öffentlichen Bigarettenrauchens, des Gebrauchs von Puder und des Tragens von unvorschriftsmäßigen Badebekleidungen gehalten haben. Stabschef Röhm verurteilt dieses Vorgehen und erklärt, daß die deutsche Revolution nicht von Spiessern, Muckern und Sittlichkeitsaposteln gewonnen worden sei, sondern allein von revolutionären Kämpfern. Er verbietet deshalb der SA und SS, sich zu Handlangern verschrobener Moralästheten zu machen.

Dr. Bracht †.

Berlin, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Reichsinnenminister und Oberbürgermeister a. D. Dr. F. Bracht ist heute nach an den Folgen eines schweren Darmleidens in seiner Privatwohnung gestorben.

Kleine Rundschau.

Wirbelsturm fordert 5000 Todesopfer.

Mexiko-Stadt, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Über Mexiko ging ein verheerender Wirbelsturm nieder, der nahezu drei Viertel der Stadt Tampico zerstört hat. Nach den letzten in der Nacht zum Dienstag eingetroffenen Meldungen soll der Wirbelsturm über 5000 Todesopfer gefordert haben. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt.

Erdbeben in den Abruzzen.

Rom, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Dienstag früh hat in den Abruzzen ein schweres Erdbeben stattgefunden. Das Zentrum des Bebens liegt etwa auf der Linie zwischen Sulmona und Pescara. Nach der ersten Meldung aus dem Erdbebengebiet wurden in Sulmona 20 Personen verletzt. Der Schaden ist ganz beträchtlich.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 26. September 1933.

Kralau + 2,40, Jawischost + 1,55, Warschau + 1,94, Błotnica + 1,50, Thorn + 1,80, Jordan + 1,74, Culm + 1,60, Graudenz + 1,85, Kurzefal + 1,93, Pieščiel + 1,26, Druscha + 1,15, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,40.

Staatsanleihe und Bohlott.

Eine wichtige Monatsversammlung der Bromberger Ortsgruppen des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe.

Bromberg, 26. September.

Für gestern abend hatte der Wirtschaftsverband städtischer Berufe zu einer Mitgliederversammlung im großen Saale des Civillazinos eingeladen. Der Einladung waren nicht nur die Mitglieder dieses Verbandes, sondern auch die Mitglieder des Haus- und Grundbesitzervereins und zahlreiche Gäste gefolgt. Der große Saal reichte keineswegs aus, um all den Erschienenen Platz zu geben. Herr Braun eröffnete die Versammlung und erzielte dem Vorsitzenden des Wirtschaftsverbandes, Fabrikbesitzer Hege, das Wort, der die Anwesenden namens des Vorstandes des genannten Verbandes begrüßte. Der Redner streifte zunächst kurz die Ereignisse des Weltgeschehens, um sich sodann der Frage der Staatsanleihe zuzuwenden. Jeder Staat braucht Geld, und es sei Pflicht jedes Staatsbürgers, zu geben, was der Staat billigerweise fordern dürfe, um seinen Aufgaben gerecht zu werden. Die Anleihe sei eine Sache der Allgemeinheit und werde diejenigen auch zugute kommen. Wenn aber die Bezeichnung der Anleihe empfohlen würde, so dürfe man doch in aller schuldigen Erbietung gegenüber einer hohen Staatsregierung den Bann zum Ausdruck bringen, daß von hoher Stelle aus endlich der unverantwortlichen Wahlarbeit gegen alles Deutsche im Lande ein Ende bereitet werde. Die Geschichte habe gelehrt, daß der Deutsche stets der beste Staatsbürger sei, und das sei er auch in Polen geblieben.

Der Redner wandte sich dann der Notwendigkeit der strafferen Organisation der Handels- und Gewerbetreibenden und des Handwerks zu. Es sei unverantwortlich, daß noch heute deutsche Gewerbetreibende den deutschen Organisationen fernständen. Wenn der einzelne die Organisation vielleicht auch nicht brauche, so brauche doch die Organisation ihn, um der Allgemeinheit und der kommenden Generation den Weg zu ebnen. Gewiß würden Opfer verlangt; aber ohne Opfer sei noch kein Werk entstanden. Mehr denn je müsse heute jeder von uns sich dessen bewußt sein, daß Gemeinnütz vor Eigennutz gebe.

Im Anschluß daran gab Hauptgeschäftsführer Schramm nähere Aufklärungen über die Nationalanleihe, über die Art der Bezeichnung, die Höhe der Verzinsung, den Auslastetar usw. Die Anleihe sei für die heutige Zeit eine günstige Kapitalanlage. Er betonte mit allem Nachdruck, daß die Staatsanleihe eine freiwillige sei und daß die von den einzelnen Komitees versandten Aufrufungen nur als Richtlinien zu werten seien.

In der nach anschließenden Aussprache empfahl Bankdirektor Kreft den Anleihezeichnern, die Höhe der Beträge, die sie zu zeichnen gedenken, dem Wirtschaftsverband mitzuteilen, damit dieser über die Gesamtsumme der von den Deutschen gezeichneten Anleihe unterrichtet sei.

Im Rahmen der Tagesordnung hielt sodann Rechtsanwalt Breitkopf einen ausführlichen Vortrag über das Schiedsgerichtswesen. Syndikus Schramm gab noch nähere Erläuterungen über die Vermögensabgabe, über die in der "Deutschen Rundschau" seinerzeit ausführlich berichtet wurde, ferner über steuertechnische Bestimmungen sowie über einige neue Gesetzesprojekte. Darauf schloß Herr Hege die Versammlung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 26. September.

Etwas Kühler.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin trockenes und meist heiteres Wetter bei leichter Abkühlung an.

Zur Beachtung für Kraftwagenbesitzer.

Am 1. 4. 33 ist das Gesetz vom 29. 3. 33 in Kraft getreten, wodurch das Gesetz über den Wegebaufonds vom 3. Februar 1931 aufgehoben worden ist. Von da an sind alle Abgaben für den Wegebaufonds mit dem fraglichen Kraftfahrzeug eng verbunden, und alle registrierten Ausweise verlieren nach § 18 Abs. 4 der ministeriellen Verfügung vom 15. Februar 1933 über den Verkehr von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen automatisch ihre Gültigkeit, wenn die erforderliche Gebühr für den staatlichen Wegebaufonds nicht im vorgeschriebenen Termin entrichtet worden ist. Die nach Art. 6 und 7 des Gesetzes zu zahlenden Gebühren sind nach einer Bekanntmachung der Posener Wojewodschaft in folgenden Terminen zu entrichten: 1. von Kraftfahrzeugen für eigenen Bedarf vierteljährlich voraus, 2. von Fahrzeugen, die für Erwerbszwecke bestimmt sind, monatlich im voraus, u. zw. am 1. Tage des Quartals resp. des Monats, für den die Gebühr zu zahlen ist. Alle bisherigen registrierten Ausweise werden vom Posener Wojewodschaftsammt von Amts wegen gegen Ausweise neuen Typs umgetauscht für alle Kraftfahrzeuge, die bisher das Recht hatten, auf öffentlichen Wegen zu verkehren und deren Standort sich auf dem Gebiet der Wojewodschaft Posen befindet. Zur Entgegennahme der neuen registrierten Ausweise haben sich die zuletzt in den bisherigen Ausweisen eingetragenen Besitzer der Kraftfahrzeuge unbedingt persönlich zu melden in folgenden Terminen: a) im Laufe des September 1933 für alle in der Stadt Posen befindlichen Fahrzeuge, und b) im Laufe des Oktober 1933 für alle anderen Kraftfahrzeuge auf dem Gebiet der Posener Wojewodschaft, u. z. bei den zuständigen Kreisstarosten resp. bei den Stadtpräsidenten in Bromberg, Gniezen und Iwronowclaw. Dabei sind in jedem Einzelfall folgende Dokumente vorzulegen: 1. der bisherige bezügliche Ausweis und 2. die Originalbestätigung der bisherigen Veranlagungsbehörde (Magistrat, Kreisausschuß) über die betr. Abgabe für das Fahrzeug für die Zeit vom 1. April 1933 ab einschließlich resp. von dem Monat an, in dem das Fahrzeug (nach dem 1. 4. 33) registriert worden ist, bis zum Schlus des Monats, in dem die Ausgabe des registrierten Ausweises erfolgt (also in den meisten Fällen bis Ende Oktober). Nach Vorlegung dieser Dokumente werden die neuen Ausweise ausgehändigt und gleichzeitig auf der Kontrollkarte über alle bisher gezahlten bezüglichen Abgaben quittiert. Nach dem 31. Oktober 33 dürfen Kraftfahrzeuge ohne die neuen Ausweise auf öffentlichen Wegen nicht verkehren.

Für Kraftwagenbesitzer, die mit den Zahlungen an den Wegebaufonds aus den Jahren 1931/32 rückständig sind, werden von den bisherigen Veranlagungsbehörden Zusatzkarten über diese Rückstände und deren Verteilung auf Monatsraten ausgehändigt.

Ferner ist Folgendes zu beachten:

1. Wenn die zuständige Kreisbehörde aus irgend einem Grunde den neuen Ausweis nicht erteilen kann, so hat man sich unverzüglich und direkt an das Wojewodschaftsamt zu wenden;

2. wenn man den neuen Ausweis erhalten hat, so muß man sich mit der darin enthaltenen "Belehrung" genau bekannt machen und sie genau befolgen;

3. in allen Fällen, in denen ein Besitzwechsel des Kraftfahrzeugs erfolgt, hat man sich direkt an das Wojewodschaftsamt zu wenden;

4. Für gewerbsmäßigen Personen- oder Warenerverkehr mit Kraftfahrzeugen muß man sich vorher die entsprechende Konzession verschaffen.

§ Der Wintersfahrplan tritt am 8. Oktober d. J. in Kraft. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich eine größere Reduktion von Personenzügen als notwendig erwiesen, als geplant war. Da diese Einschränkungen sich erst im Laufe des Druckes des Fahrplanes herausstellten, sind sie auf einem Sonderdruck auf rotem Papier, der dem Fahrplan beigegeben ist, kenntlich gemacht.

§ Die Selbstbefreiung der Bevölkerung zugunsten der Arbeitslosen hat in der Zeit vom 1. bis 31. August die Summe von 3049,65 Złoty erbracht. Diese Summe wurde für Notstandsarbeiten verwendet. Das Arbeitslosenhilfskomitee mit dem Stadtpräsidenten Barcisewski an der Spitze dankt den Spendern für die Unterstützung und bittet um weitere Hilfe im Interesse der zahlreichen Arbeitslosen.

§ Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgebung hielt kürzlich bei Herrn Sterczewski, Fordonstraße 8, seine Monatsversammlung ab. Zunächst wurde die Zuckerfrage besprochen. Der Schriftführer gab bekannt, daß der Zucker zur Herbstfütterung eingetroffen und bei ihm zur Abholung bereit steht. Sodann sprach der Lehrer Mazurek über das Thema: "Mein System bei der Königinzucht". Seine Worte veranlaßten der Redner dadurch, daß er die Geräte, die dazu nötig sind, vorführte. Auf Grund des Vortrages entwickelte sich eine überaus rege Diskussion, bei der der Referent auf Anfragen der Mitglieder vieles zur Erläuterung des Vorgetragenen beitrug. Darauf wurde der Bienenvorstand des Herrn Sterczewski in Augenschein genommen, welcher in müstermäßigem Zustand befunden wurde.

§ Wegen Widerstandes zu verantworten hatten sich die Cheleute, der 41jährige Landwirt Jan Bodrych und seine 37jährige Ehefrau Plagia aus Kazimierowo, Kreis Wirsitz, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts. Am 18. Mai d. J. sollte der Gerichtsvollzieher Stanisław Rajdok bei den Angeklagten wegen rückständiger Steuern eine Pfändung vornehmen. Als der Beamte auf dem Gehöft des B. erschien, nahmen die Cheleute eine solch drohende Haltung gegen R. ein, daß dieser von einer Pfändung abschrennen mußte. Auch als R. sich den Schulden zur Hilfe holte, gelang es ihm nicht, die Pfändung durchzuführen, da sich Jan B. mit einem Stock bewaffnet auf den Hose aufstellte. Der Beamte zog schließlich unverrichteter Sache wieder ab. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß.

Münftliche Zustellung der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für den Monat Oktober resp. für das 4. Quartal heute noch erneuert wird!

§ Identifiziert wurde im Laufe des gestrigen Tages die Leiche des Selbstmörders, der sich gestern früh in der Nähe der Danziger Straße von einem Eisenbahnzug überfahren ließ. Es handelt sich um den 21-jährigen arbeitslosen Sohn Bruno des Altwarenhändlers Abramski. Der junge Mann war schon mehrfach vorbestraft und hatte am Tage vor der Tat seinem Vater Gegenstände im Werte von 500 Złoty gestohlen. Er hat diese Gegenstände zu Geld gemacht und sich und seinen Freunden einen lustigen Abend verschafft, worauf er dann am nächsten Morgen seinem Leben ein Ende machte.

§ Einen Unfall erlitt der Mechaniker Jan Ryntec, der in der Fortbildungsschule eine Ausbesserung an der elektrischen Leitung vornahm. Aus bisher unbekannter Ursache stürzte er von der Leiter und zog sich einen doppelten Knöchelbruch zu.

Friedhofsschändungen in Posen.

65 Grabdenkmäler zerstört.

§ Posen, 25. September. In der Nacht zum Sonntag sind auf dem alten Krenzkirchhof am ehemaligen Rittertor etwa 65 Grabdenkmäler von verstorbenen Deutschen mit deutschen Inschriften umgeworfen und größtenteils zertrümmert worden. Die Täter sind nicht bekannt.

Ungeheure Mäuseplage,

§ Gnesen (Gniezno), 25. September. Gestern abend gegen 10 Uhr zog über Gnesen und Umgegend ein starkes Gewitter, begleitet von großen Regengüssen. Nur zu kurze Zeit hielten die Regengüsse an, da auch in hiesiger Gegend die Mäuseplage für die Landwirtschaft katastrophal zu werden droht. Es besteht die Gefahr, daß die Herbstsaat durch die Feldmäuse restlos aufgefressen wird und so der Landmann seine schwere Arbeit umsonst geleistet hat und großen Ernteaussall zu verzeichnen haben wird. Ein Rittergutsbesitzer ließ um 4 Roggen- und Weizenhofer einen Meter tiefen Graben ziehen und auf die Grabensohle, 4 zollige Drainageröhren in den Erdboden einlassen. Am nächsten Morgen zeigten sich mehrere tausend Feldmäuse in dem Graben gefangen. Selbst Krähen können nur noch sehr schwach dem Ungeziefer zu Leibe gehen.

E Budzin, 26. September. Die Diebstähle in Budzin und Umgegend nehmen immer mehr zu. Es wurden in den letzten Tagen dem Besitzer Hildebrand 4 Enten, der Witwe Nowack, beide hier in Budzin, 7 Enten und eine Henne und dem Besitzer Nehrings in Kunkolewo 7 Enten und 7 Puten gestohlen.

ex. Exin (Kęcina), 25. September. Am Sonnabend ging ein schweres Gewitter, begleitet von starkem Regen, über unsere Stadt und Umgegend nieder. In dem benachbarten Dorf Elsiewo schlug der Blitz in den Stall des Landwirts Kazimierz Lis ein. Zwei Schweine und zwei Kühe waren sofort tot, während ein Pferd gelähmt wurde. Der Stall wurde vollständig eingeebnet.

Bei dem Kaufmann Süßkind in Exin drangen Diebe durch die Hintertür ein und entwendeten ein Faß Teer. Die Täter konnten jedoch bald gefasst werden.

ss. Mogilno, 25. September. Bei dem Landwirt Mierejewski in Zabno drangen noch nicht ermittelte Diebe nach Herausnahme von Fensterscheiben in die Wohnung und stahlen Garderobe und Wäsche im Werte von 500 Złoty.

ss. Mogilno, 25. September. Gemäß einer Wojewodschaftsverordnung über die vierteljährliche Unter suchung von Haustieren, die in Transport- und Hausratunternehmungen verwendet werden, hat der hiesige Starost für den Kreis Mogilno im letzten Quartal d. J. folgende Untersuchungstermine festgesetzt, und zwar in Mogilno am 2. Oktober um 9 Uhr vorm.; Tremessen am gleichen Tage um 11 Uhr; Pakosch am 4. Oktober um 9 Uhr; Strzeln am 6. Oktober um 9 Uhr, Krujewitz am gleichen Tage um 11 Uhr; Gembis am 8. Oktober um 9 Uhr für die Stadt und die nähere Umgebung. Die Musterung findet in allen Städten auf dem Viehmarkt statt.

o Moritzfelde (Mircin), Kreis Bromberg, 25. September. Im Nachbardorf Bachwitz (Lukowice) wurden dem Landwirt Otto Bodtke 8 Hühner gestohlen, ferner dem Landwirt Hermann Neufeld 6 Zentner Saatroggen.

es Mrotkow (Mrocza), 26. September. Sonntag nachmittag 2½ Uhr fand eine Gründankfeier der evangelischen Gemeinschaft in der Kirche unter Leitung von Pfarrer Lassahn statt. Im Anschluß fand eine Jahresversammlung der Mitglieder im Vereinshause statt.

§ Posen, 23. September. Aus Verzweiflung über ihre Obdachlosigkeit zertrümmerte eine weibliche Person die Schaufenscheibe des Gastwirts Duschnić in der Halbdorfstraße. Ihr Wunsch nach einem Unterkommen wurde der Angezeigten von einem Schuhmann erfüllt, der sie ins Polizeigefängnis schaffte.

Bei Fahrraddiebe, die sich schon wiederholt unbewußt auf der Straße stehen gelassener Räder angenommen hatten, wurden dabei erwacht, als sie ihren Dienstort wieder an zwei Rädern ausüben wollten, und festgenommen.

Einbrecher statuieren dem Bureau des Rechtsanwalts Zuroński in der fr. Viktoriastraße einen nächtlichen Besuch ab und stahlen eine Schreibmaschine im Werte von 1500 Złoty. — Der Wohnung des Feldwebels Marian Drzikowski, Kanonenplatz 2, statteten andere Einbrecher ebenfalls einen Besuch ab. Sie zogen mit Kleidungsstücken im Werte von über 1000 Złoty als Beute ab.

Ein Zusammenstoß erfolgte gestern zwischen einem Geschäftskraftwagen der St. Adalbertdruckerei und einem einspännigen Wagen; der Kutscher des letzteren wurde herabgeschleudert, jedoch nur unbedeutend verletzt.

o Pudewitz (Pobiedziska), 26. September. Einbrecher haben bei dem Landwirt Süss in Padarzewo eine Fensterscheibe eingedrückt und waren dann in das Schlafzimmer eingedrungen, das sie vollständig ausplünderten.

ss. Strzeln (Strzelno), 25. September. Auf dem Gehöft des Landwirts Johann Sauter in Königsbrunn entstand ein Feuer, welches die Scheune, gefüllt mit diesjährigen Ernteerträgen, im Werte von 15 000 Złoty, sowie zwei Schuppen mit Arbeitswagen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten im Gesamtwerte von 5000 Złoty in Schutt und Asche legte. Die erschienenen fünf Feuerwehren konnten die übrigen Wirtschaftsgebäude vor den Flammen schützen. Der Schaden wird durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

* Wyrzyk (Wyrzyk), 25. September. Ein Brand entstand gestern im Frankischen Hause. Der Arbeiter Piehl, der mit seiner Familie in einer Oberstube wohnt, hat in dem Zimmer einen eisernen Kochherd. Nachmittags war die Familie fortgegangen und hatte Feuer in dem Herd gelassen. Ein Stückchen brennender Torf fiel aus dem Herd in einen Kasten, in dem sich Torf befand. Durch die Rauchentwicklung wurde man auf den Brand aufmerksam. Mittels einer Leiter stieg ein Arbeiter durch das offene Fenster in die Wohnung ein und löschte in kurzer Zeit das Feuer, so daß die Wehr nicht alarmiert zu werden brauchte.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Einbrecher im Warschauer Schloß.

Vor mehreren Wochen ging das übrigens von keiner inländischen Zeitung bestätigte Gerücht über einen Einbruchsdiebstahl in das Warschauer Schloß durch englische Blätter. Nachdem jetzt die polizeiliche Voruntersuchung abgeschlossen worden ist, hat man der Warschauer Presse diesbezügliche Auskünfte erteilt. Danach wurde am 21. August in die Wirtschaftsgebäude des Schlosses tatsächlich ein Einbruch verübt, wobei ein Geldschatz gelehrt wurde. Es befanden sich darin 22 820 Złoty, die die Leitung des Bureaus der Renovierungsarbeiten im Schloß gehörten. Wie die Untersuchung ergab, war an dem Diebstahl der Diener des Bureaus, Henryk Jasinski, beteiligt. Er arbeitete mit den bekannten Einbrechern Piotr Piaskowski, Wincenty Stryczalski, Josef Misicki und Franciszek Duba zusammen und hatte diese zu einer Zeit eingelassen, als das Schloß von zahlreichen Ausflüglern und Reisenden besichtigt wurde. Die Einbrecher hielten sich zwei Tage im Schloß auf. Alle Täter wurden verhaftet.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. B. Marian Gepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Gepke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 221.

Am 23. September morgens erlöste der Tod
unsere geliebte Mutter

Frau Elsbeth Rose

geb. Storz
von ihrem schweren Leiden.

In tiefer Trauer
Elfriede Roosen geb. Rose
Dr. Hanns Rose
Erna Rose geb. Wegener
stud. med. Karl-Heinz Rose.

Dresden, den 23. September 1933.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 27. September,
12.30 Uhr in der Kapelle des Krematoriums in Dresden-
Tolkewitz statt.
3373

Gestern früh 6. Uhr entschlief nach langerem Leiden meine gute Schwester, unsere liebe Tante und Großtante

Martha Kersten

im 77. Lebensjahr.

Im Namen der Trauernden
Emilie Kersten.
Bydgoszcz, den 26. September 1933.

Begräbung, Donnerstag, d. 28. 9.,
nachmittags 4 Uhr, vom neuen evgl.
Friedhof aus.
3379

Landwirte, denkt an die Ausbildung Eurer Söhne!

Die deutschsprachigen

Landwirtschaftsschulen

nehmen den Unterricht am 3. November

d. J. auf. Anfragen sind zu richten an:

Niemiecka Szkoła Rolnicza — Środa Wlkp.,

Landwirtschaftsschule — Międzychód

n. Warta.

und Westpolnische Landwirtschaftliche Ge-

ellschaft, Poznań, Piekarz 16/17

bzw. den Geschäftsstellen.

6710

Janowiec, pow. Żnin.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.

Gründliche Ausbildung im Kochen, Baden,

Schneiden, Weißnähen, Platten usw.

Schön gelegenes Heim mit großem Garten,

Elektrisches Licht, Bäder.

Der volle hauswirtschaftliche Kursus

dauert 6 Monate. Es umfasst eine Koch-

gruppe und eine Schneidergruppe von je

3 Monaten Dauer. Auscheiden auch nach

3 Monaten mit Teilzeugnis für Kochgruppe

oder Schneidergruppe möglich.

Der Eintritt kann zu Anfang jeden Viertel-

jahres erfolgen.

Beginn des nächsten Kurses Anfang Oktober.

Pensionspreis einschließlich Schulgeld

und Heizungskosten 80.— zt monatlich.

Austausch und Prospekt gegen Beifügung

von Rückporto. Die Leiterin.

6340

Wichtig für Brautleute!

Am Dienstag, dem 3. Oktober d. J.,

vorm. 9½, Uhr, findet in Palce, bei Gordon

(Schulhaus) eine Auktion statt. Zum Verkauf

kommen 1 vollständig Schlafräumeinrich-

tung, gr. Spiegel, Schreibtisch u. viel. andere.

Auktionshaus Gdańsk 42.

Im Auftrage habe billig abzugeben:

Herrenzimmerei, Chämmerei, Bürotisch, Empire-

Salon, Danziger Schrank, Nähmaschinen,

Schreibmaschinen, Spiegeltüren, Dekorations-

figuren, Einzel-Möbel und dergl. mehr.

Antoni Mroczynski, Auktionsator.

6877

FLIESEN

weiß und farbig glasiert für Wandbeläge,
Steinzeugfußbodenplatten u. Korkplatten
liefern mit fachmännischer Ausführung

Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Gdańsk 22. Tel. 2229. 6840

Original-Ersatzteile

Fiat, Minerva, Chevrolet, Tatra, Opel

Automobilbereifung

sowie jegliches Autozubehör

offeriert zu günstigsten Preisen

Brzeskiauto S.A., Poznań

ul. Dąbrowskiego 29. Tel. 63-23
Gegründet 1894 6202 Gegründet 1894 6890

Gestern früh 6. Uhr entschlief nach langerem Leiden meine gute Schwester, unsere liebe Tante und Großtante

Martha Kersten

im 77. Lebensjahr.

Im Namen der Trauernden
Emilie Kersten.
Bydgoszcz, den 26. September 1933.

Begräbung, Donnerstag, d. 28. 9.,
nachmittags 4 Uhr, vom neuen evgl.
Friedhof aus.

Privat-Unterricht

in dopp. Buchführung,
wie allen kaufmännisch,
Fächern, Stenographie
in poln. u. deutsch, wie
Maschinenfertreiben
erteilt bei 3376
mäßigen Honorar

Franz. Schoen,

Lipelta 14, m. 4.

Polnischer
Sprachunterricht
für Anfänger u. Fort-
geschritten, auch Einzel-
unterricht. Anmelde. erb.
Goethestr. 2 (ul. 20 Styoz-
nia 20 r.), Zimmer 12. 6728

Warschauerin erteilt
poln. Unterricht. Off.

u. R. 3243 i. d. G. d. Bl.

Erteilt Französisch,

Deutsch, Polnisch bill.

Chyntowo 11, W. 12.

Rechts-Beistand

St. Banaszak

Bydgoszcz

ul. Cieszkowskiego 4

Telefon 1304.

Bearbeitung von allen,

wenn auch schwierigsten

Rechts-Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-

Erbachts- und Gesell-

schaftssachen usw. —

Erfolgreiche Betreibung

von Forderungen.

Langjährige Praxis!

Handarbeiten jed. Art
wie Kelim, Weißtucherei u.
Häfen, werden ange-
fertigt. Offert. erb. unt.

ul. 3218 a. d. Gesch. d. 3.

Rechts-Bohrungen

Dopp. - Bohrbrunn.,

artesische Brunnen,

Spezialität: Erbohr-

ung von Wasser-
quellen, Beschaffung

größ. Wassermengen

August Dietrich

Gdańska 78. 3358

Suche Abschluß

von Karlem Rothirsch

im Tauschwege gegen

Abschluß von selbst zu

wählendem

Domshauser.

Mattes, Nielub.

p. i. Wabrzeczo, Pom.

Heirat

Ueltere Dame (Gesch.-

Inhab.) sucht gebildet.

Lebensgefährten

im Alter von 50—58 J.

Offerten unter ul. 3338

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Jünger. Gehilfe

für uni. Getreidegeli-

ver. 1. Oktober gesucht.

Großdrukerie A. Dittmann

T. z. o. p.

Bydgoszcz, Marsz. Focha 6, Telefon 61

Suche Abschluß

von Karlem Rothirsch

im Tauschwege gegen

Abschluß von selbst zu

wählendem

Domshauser.

Mattes, Nielub.

p. i. Wabrzeczo, Pom.

Geldmarkt

Suche 3-4000 zl

Sicher, als Pro. volle

Verpflegung. Off. unt.

ul. 3366 a. d. Gesch. d. 3.

Geld

Hypothesen, Baugelder,

Arbeitsz. u. Geschäfts-

Kredite, Kostenlohn und

unverbindl. Beratung

durch den Vertrauens-

mann der Kapitalnach-

weis - Altiengeellschaft

ul. Sandstrach, Grudziadz,

ul. Lipowa 35. 6890

Original-Ersatzteile

Fiat, Minerva, Chevrolet, Tatra, Opel

Automobilbereifung

sowie jegliches Autozubehör

offeriert zu günstigsten Preisen

Brzeskiauto S.A., Poznań

ul. Dąbrowskiego 29. Tel. 63-23

Gegründet 1894 6202 Gegründet 1894 6890

Immer auf der Höhe

in modischer Eleganz, in Auswahl,
Qualität und mäßigen Preisen —
das sind die Vorzüge unserer

Damen- u. Herrenkleidung

Herbst-Mäntel

aus modernen, gemuster-
ten Stoffen, jugendliche
Machart . . . zt 49,50

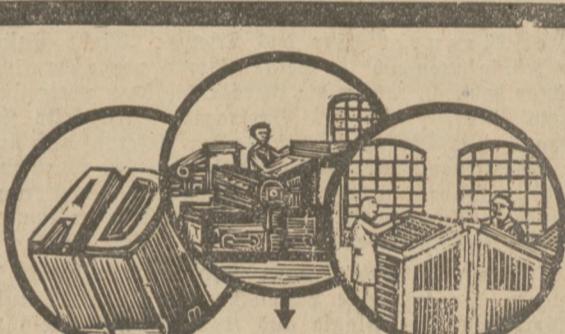
Herbst-Mäntel
aus englischen Stoffen,
mit modernem Pelz-
kragen . . . zt 55,00

Herbst-Mäntel
aus schwerem, reinwoll.
Flausch, auf kunstseid.
Serge, mod. Revers zt 45,00

Herren-Loden- u. Herbst-Mäntel in reicher Auswahl.

„Włóknik“
Inh. F. BROMBERG

Bydgoszcz, Stary Rynek im. Marsz. Piłsudskiego 16.



ged. L. Moeskin, Dr. H. Rosmarin, Dr. C. Margulies,
H. Farchy."

Es war klar, daß die deutsche Gruppe auch an diesem Brief, nachdem er ihr auf diesem Wege gegen Ende des Kongresses zur Kenntnis gekommen war, Stellung nehmen mußte. Sie tat es, indem sie ein Schreiben an den Präsidenten richtete, mit der Bitte, dieses Schreiben der jüdischen Gruppe zuzustellen, das folgendermaßen lautete: "Sehr geehrter Herr Präsident! Die Verbreitung des am 17. 9. 1933 an Sie gerichteten Briefes der Herren L. Moeskin, Dr. H. Rosmarin, Dr. C. Margulies und H. Farchy im Kongreßsaal und die Wiedergabe seines vollen Wortlauts in der Presse zwingt uns zu einer

ausdrücklichen Feststellung:

Die deutschen Mitglieder des Kongresses haben in keiner Weise zu den von Deutschland gegen die Juden getroffenen Maßnahmen Stellung genommen, sondern sich bewußt und absichtlich jedes Urteils darüber enthalten. Die gegenteilige Behauptung der Herren Verfasser des Briefes ist unwahr. — Die Herren Verfasser des Briefes haben sowohl aus den dem Kongress vorangegangenen Beratungen in Wien, Prag und Bern, als auch aus zahlreichen Einzelunterredungen den Sinn der von uns auf dem Kongress abgegebenen Erklärungen zweifelsfrei gekannt. Die Unterstellung, daß wir den Juden nur „das Streben“ nach dem von dem Kongress verteidigten Recht zugeteilt wolle, widerspricht daher besserem Wissen. — Der schwere Ernst der Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Volke und dem Judentum verträgt keine Unklarheit. Wir wissen deshalb den Versuch, unsere Erklärung zu entstellen, mit allem

Nachdruck zurück und bitten Sie, unser Schreiben den Herren Verfassern des Briefes vom 19. 9. 1933 freundlich zu übermitteln. — Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung. Für die am Kongress beteiligten deutschen Volksgruppen ges. Kurt Graebe, Hans Otto Roth, Werner Hasselblatt."

Der Kongress selbst hat seine Arbeiten durchgeführt und die Tagesordnung in aller Ruhe voll und ganz beendet. Die Juden waren zwar nur in der Ratsitzung, nicht aber im Plenum anwesend, sind jedoch nicht ausgeschieden. Angriffe gegen Deutschland sind nicht erfolgt. Der Kongress schloß in voller Einmütigkeit aller anwesenden Gruppen nach einem warmen Appell an die Solidarität, welcher durch einen Vertreter der deutschen Gruppe zum Ausdruck gebracht wurde. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die gemeinschaftlichen Interessen und das Solidaritätsgefühl der Volksgruppen aller vertretenen Nationalitäten stärker waren, als das Sonderinteresse einer einzelnen Gruppe, und daß über die Beibehaltung des Kongresses alle Gruppen einig waren. Dies kam dadurch zum Ausdruck, daß für das nächste Jahr ein neuer vorbereitender Ausschuss gewählt wurde, dem Ort- und Zeitbestimmung der nächsten Tagung überlassen wurde; zu ihm gehört auch der Führer der Zionisten Präsident Moeskin. Für alle diejenigen aber, die gehofft hatten, einen Keil in die Nationalitätenbewegung zu treiben, war das Ergebnis eine schwere Enttäuschung. Der Kongress ist nicht nur nicht geprägt, sondern hat sich klar und eindeutig zu seinen Grundsätzen und Zielen erneut bekannt.

Bei verdorbenem Magen, Darmgärungen, üblem Mundgeschmack, Stirnkopfschmerz, Fieber, Stuholverhaltung, Erbrechen oder Durchfall wirkt schon ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser sicher, schnell und angenehm. Ärztlich best. empfohlen. 3449

sammenarbeit nicht nur Erfolg hat, sondern daß er zu einem der segensreichsten Entschlüsse überhaupt werden wird.

Wir wollen uns die Hand reichen und wollen die Treue, die große Gemeinschaft aufrechterhalten, die wir an unserem Volke einst getühnt haben.

Mit innerer Freude und Bewegung bin ich zu diesem Tage hergekommen, der wie Nürnberg für mich nichts anderes ist als das feierliche Bekennen zu diesem Gelöbnis und zu dieser Gesinnung. Ich bin hiergekommen, um Ihnen allen zu sagen, daß wir glücklich und entschlossen sind, die große Mission gemeinsam zu erfüllen und in Treue unseren Weg zu gehen. Wir denken dabei an diejenigen, die Opfer brachten. Sie sind heute unsere guten Geister. Sie sind die Meister für die Zukunft. Sie marschieren mit in unseren Reihen. Wir alle wissen, daß wir durch sie die Kraft bekommen haben, das Wunder der deutschen Erhebung zu vollziehen.

Nach der Rede Adolf Hitlers brach ein Orkan des Jubels los, der unbeschreiblich ist.

Franz Seldte erwiederte:

Unser Führer Adolf Hitler!

Bewegten Herzen haben wir als Frontsoldaten Ihre Worte in uns aufgenommen. Sie haben an den Soldaten in uns appelliert, an die besten und stärksten Eigenschaften des Soldaten, und Ihre Worte haben Widerhall in unseren Herzen gefunden. Darauf kann ich Ihnen im Namen meiner Kameraden erwiedern:

Treue um Treue!

Das ist das Gelöbnis, das ich in dieser Stunde namens der alten Frontsoldaten unseres Stahlhelms ausspreche, das Gelöbnis der Treue. Auf unsere Herzen dürfen Sie sich verlassen in guten und in schweren Tagen. (Stürmische Heilrufe.) Sie haben uns erlaubt, Ihre Heiligenabzeichen und Symbole zu tragen. Ich darf jetzt um unsere alte Fahne, die wir in den ersten Jahren verborgen durch die Straßen Magdeburgs nach dem Magdeburger Dom tragen mußten, das siegreiche Symbol des Hakenkreuzes winden. (Lobhafter Beifall.) Und nun lassen Sie mich noch ein Wort des Dankes sagen. Unser Führer, ich wünsche Ihnen von Herzen: Möge eines Tages die volle Energie des Volkes sich so auswirken, wie es einem 65-Millionenvolk entspricht.

Als Soldat darf ich Ihnen als Erinnerung an den heutigen Tag das Symbol des Stahlhelms überreichen und weiter die Hitler-Seldte-Plakette, die von der selben Eisengießerei hergestellt ist, die auch seinerzeit das Eisernen Kreuz geschaffen hat. Ghe wir diese Feierstunde schließen, singen wir gemeinsam die erste Strophe des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes und rufen noch einmal unser altes Frontschild und Siegheil in Gedanken an unseren Reichspräsidenten und Heerführer von Hindenburg, in Gedanken an unseren Vorsitzenden und an unser liebes deutsches Vaterland.

Wie ein Mann standen die 5000 Feldgrauen, als der Bundesführer an die älteste Gründerahne eine Schleife mit dem Hakenkreis knüpfte. Die Abschiedsworte sprach wiederum als Gelöbnis der Landesführer Hannover. Unter den Klängen des Badenweiser Marsches verließ der Führer den Schauspielplatz der wahrhaft erhabenden Feier. Die Abfahrt von der Stadthalle in das Stadtinnere erfolgte durch eine dichtmassierte Menschenmenge.

Um 20.30 Uhr begann

der große Zapfenstreich

vor dem Rathaus, dessen Fassade von unzähligen Glühbirnen erleuchtet war. Gespenstisch illuminiert über den Dächern sah man die Türme der Markt- und St. Marienkirche. In zwei Kolonnen mit Klingendem Spiel rückten einige tausend Stahlhelmer im Fackelzug heran. Die vereinten Musikkorps gaben einen gewaltigen Akkord in die Nacht hinaus. Es erklingt der Choral „Die Himmel röhmen des Ewigen Ehre“. Das Flammenmeer der Fackeln bildet einen hinreißenden Anblick. Dann verstummen die Märsche, um am Sonntag zum Großen Appell sich einzufinden.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 28. September

Deutschlandsender.

06.20: Konzert. 09.45: Wilhelm Ohlers: Das Tigerfell. 10.10: Schulfunk: Unsere Vornamen. 10.50: Schulfunk: Turn- und Sportstunde. 12.00 ca: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 15.10: Jugendstunde. 15.45: Von der Liebe. Justus Möser: Schreiben einer alten Ehefrau an eine junge Empfindsame. 16.00: Konzert. 17.00: Die deutsche Frau als Kameradin. 17.20: Meister der Tonkunst als Humoristen. 18.05: Zur Unterhaltung. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Brahms. 20.05: Treppab. Eine bewegliche heitere Stunde (Ltg.: Hans Defner). 21.15: Septett von Beethoven. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Gewitterbericht. 23.00–24.00: Von Hamburg: Alte und neue Tänze.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Konzert. 11.45: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 12.00: Konzert. 14.10: Balladen. 14.40: Operetten-Potpourris. 15.45: Kinderfunk. 16.15: Unterhaltungskonzert. 18.30: Arbeiter und Arbeitersänger sprechen. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Brahms. 20.10: Aus dem großen Saal des Konzerthauses in Breslau: Offenes Singen. 21.10: Ländlefeier. 22.20: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport. 23.00–01.00: Von Berlin: Großer Tanzabend.

Königsberg-Danzig.

06.20–08.00: Konzert. 11.30: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.05–14.30: Schallplatten. 15.30: Jugendstunde. 16.00: Konzert. 17.45: Königsberg: Deutsche Landschaft. 17.45: Danzig: Lieder zur Laute. Voite Schmidt. 18.25: Landwirtschaftsfunk. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Brahms. 20.00: Nachrichten. 20.05: Abendunterhaltung. 21.15: Von Insterburg: Ausschnitt aus der 250-Jahrfeier der Stadt Insterburg. 21.50: Englisch für Anfänger. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport.

Warschau.

12.00: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 17.15: Liedervortrag. Lettische und polnische Lieder. 17.55: Schallplatten. 18.35: Klaviervortrag. Werke von Michalowski. 20.00: Konzert. Orgelkonzert und Gesang, Soprani. 21.10: Konzert-Fortsetzung. 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

Hitler auf dem Stahlhelm-Führertag in Hannover

Von Sonnabend bis zum Montag stand Hannover im Zeichen der Reichsführertagung des Stahlhelms, Bündnis der Frontsoldaten. Sie erhielt eine besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Reichskanzlers Adolf Hitler, der nun auch oberster Führer der Stahlhelmer ist. Mittelpunkt und Höhepunkt der Reichsführertagung war der eigentliche Führerappell in der Stadthalle am Sonnabendnachmittag. Schon lange vor Beginn der auf 14 Uhr angesetzten Tagung war das weite Rund des Kuppelsaals mit Stahlhelmlern gefüllt. Gegen das Grau der Stahlhelmin uniformen, unterschiedlich von dem Braun einiger SA-Führer, verschwanden die wenigen Bündelten. Frauen wurden, bei dieser rein soldatischen Veranstaltung eine Selbstverständlichkeit, nicht zugelassen.

Das Grün von Tannengirlanden und die Fahnen des neuen Deutschlands und des Stahlhelms gaben dem Raum ein festliches Aussehen. In der Mitte des Musikpodiums war das Rednerpult, mit der Hakenkreuz- und schwarz-weiß-roten Flagge umkleidet, aufgestellt. Zwei Stahlhelmler und zwei SS-Männer hielten Wache. Hinter dem Pult hatten die Standarten der Stahlhelmlandesverbandsführer ihren Platz gefunden. In der großen Mittelloge sah man eine Reihe von Ehrengästen, so u. a. die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar.

Diese Stille lag über dem weiten Raum, als plötzlich etwas nach 13 Uhr vom Seitengang her der Kanzler Adolf Hitler, Bundesführer, Reichsarbetsminister Franz Seldte, und Stabschef Röhm den Saal betraten. In ihrer Begleitung erschien man u. a. Blaekanaler v. Papen, Reichswehrminister v. Blomberg, der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, Reichsführer der SS Himmler, Oberpräsident und Staatsrat Obergruppenführer Lübbe. Auch der Kronprinz in Stahlhelmmuniform mit Husarenmütze war im Saal.

Bundeshauptmann v. Stephan begrüßte den Reichskanzler und den Bundesführer mit einem dreifachen Siegheil. Darauf spielte die Stahlhelmkapelle das Meistersinger-Vorspiel, das sie in den Wachauf-Chor übergehen ließ, und anschließend eine eigens für diesen Tag komponierte Hitler-Fanfare.

Bundesführer Franz Seldte

führte in seiner Begrüßungsansprache aus, für diese Reichsführertagung habe er den Stahlhelm nach Hannover entboten, von wo auch Hindenburg 1914 zur Tannenberg-schlacht gefahren sei, Hannover, der Geburtsstadt Scharnhorts, in dessen Geist diese Tagung stattfinden sollte. Das Thema von Hannover sollte der unentwegte Gedanke des Aufbaues und des Kampfes um eine bessere und starke deutsche Zukunft sein.

Der Frontsoldatengeist sei es gewesen, der den Deutschen aus der Tiefe und dem Schutz der Nation heraus den Führer bescherte. „Kameraden, wir Frontsoldaten haben in den Novembertagen 1918, als es keinen gab, der uns auffiel, als wir uns vergeblich nach dem Führer umschauten, der den Feuerbefehl gegen die rote Armee geben sollte, uns selbst das Gesetz geben müssen, nach dem wir dann angetreten sind. Ich selbst habe damals vergeblich nach einem Stern am Himmel ausgeschaut und ich habe damals mich und meine Frontsoldaten auf die eine Sache und auf die eine Karte gestellt: Auf das nie versiegende deutsche Frontsoldatentum. Und dann habe ich mir gelobt, diese vereinigten deutschen Frontsoldaten, diesen Stahlhelm, Bündnis der Frontsoldaten, durch nichts zerstreuen zu lassen, sondern diese treue Mannschaft, koste es was es wolle, geschlossen zu halten, um sie einmal geschlossen zum Einsatz bringen zu können. Das, meine Kameraden, habe ich erreicht. Und heute, meine Kameraden, seje ich wiederum auf eine Sache, auf eine Karte, auf einen Mann: Ich seje unsere Sache, die Sache des Stahlhelm auf Adolf Hitler. (Stürmischer Beifall.)

„Wir weißen in Hannover unsere Fahnen neu. Wir gründen in Hannover den Stahlhelm neu als Glied in unserer gemeinschaftlichen großen Bewegung. Wir weißen in dieser Schicksalstunde unsere Fahne und unsere Herzen. Wir weißen uns selbst als Ihre treuen Kämpfer. Wir weißen uns Ihnen, unserem Führer und dem Führer der deutschen Nation. (Stürmischer Beifall.)

Reichskanzler Adolf Hitler

leitete seine Rede ein mit dem Hinweis darauf, daß das Zusammensein der Repräsentanten einer neuen Weltanschauung mit den Trägern der besten alten Tradition einigt in der deutschen Geschichte als ein glücklicher Tag verzeichnet sein werde. Aus diesem Einigungsakt werde auf spätere Generationen noch Kraft ausströmen, er werde für immer ein sichtbares Zeichen sein, daß das junge Deutschland entschlossen sei, der Sünden der Väter zu entsagen. Das sei unser aller Gelöbnis: „Am Anfang unseres Kampfes stand Deutschland, am Ende unseres Kampfes wird wiederum Deutschland stehen.“

gewesen wäre, der wir alle gedient haben. Jeder von uns weiß: Was wir sind, das sind wir nur geworden durch die Schule, die wir da draußen durchgemacht haben. Sie hat uns gelehrt, im Gottvertrauen uns auf die eigene Kraft zu verlassen. Es war die Gefahr vorhanden, daß viele das gleiche wollten und sich nicht zu eintigen vermochten. Wir dürfen alle dem Schicksal dankbar sein, daß es in uns den großen Einigungsgedanken erhalten hat. Euer Führer hat die Größe der geschichtlichen Stunde erkannt und damit eine Einigung herbeigeführt.

Wir kämpfen gemeinsam für dieses neue Reich.

Wenn wir die wenigen Monate, in denen wir diesen Kampf durchgeföhrt haben, an unseren Augen vorüberziehen lassen, dann dürfen wir mit Stolz bekennen, die Vorsehung hat diesen Kampf gesegnet. Daß wir die marxistische Organisation zerstört haben, daß wir ihre Parteien aufgelöst haben, daß wir ihre Häuser gesperrt und ihre Führer fortgejagt haben, das ist alles nicht wichtig, aber das eine, daß wir das Volk gewonnen haben, daß das Volk nun uns gehört, daß das Volk in unserer Bewegung die Führung wirklich sieht und anerkennt, daß das Entscheidende, das ist das, was uns glücklich macht.

Wir wollen in diesem Augenblick derer gedenken, die uns das ermöglicht haben. Wir wollen auch des Mannes gedenken, der in seinem hohen Alter und an dieser Erneuerung die Möglichkeit gab und der seinen Namen wie ein Schild über diese Entwicklung gehalten hat. Wir wollen an diesem Tage aber auch unserer Armee gedenken, denn wir alle wissen genau, wenn das Heer nicht in den Tagen der Revolution auf unserer Seite gestanden hätte, dann ständen wir heute nicht hier.

Wir können versichern, daß wir dies niemals vergessen werden, daß wir in ihnen die Träger der Tradition unserer ruhmreichen alten Armee sehen und daß wir mit ganzem Herzen und mit allem, was wir vermögen, uns für den Geist dieser Armee einsetzen werden. Und so hant sich denn dieses neue Deutschland auf auf einer ganzen Reihe von Bekennnissen des Vertrauens und ich finde, es gibt nichts Herrlicheres in der Entwicklungsgeschichte des neuen Deutschlands, als die Tatsache, daß in der Zeit seines Werdens wir uns die Hand reichen konnten als Männer, die einander nichts anderes zu geben hatten als einfach nur gegenseitiges Gelöbnis der Treue und der Kameradschaft und des Willens, zusammenzuarbeiten für unser Volk.

Ich bin der heiligsten Überzeugung, daß der vielleicht in der deutschen Geschichte nur seltene Einigungsakt zur Zu-

Nationalitätenkongress und Judenfrage.

von Sejmabgeordneten Kurt Graebe, Präsident des

Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa.

Der Nationalitätenkongress, welcher am 16. d. Mts. im Ständeratsaal des Bundeshauses von Bern getagt hat, ist am 19. um die Mittagsstunde beendet worden. Man hatte dieser Tagung mit großem Interesse entgegengesehen, war es doch ein stiller Geheimnis, daß sie von gewissen Kreisen dazu aussersehen war, von Neuen gegen das neue Deutschland Sturm zu laufen und die Gelegenheit zu benutzen, die

Judenfrage in Deutschland

vor diesem Gremium wieder aufzurollen. Vielleicht war auch in einzelnen Körpern die stille Hoffnung damit verbunden, den Nationalitätenkongress bei dieser Gelegenheit zum Aufliegen zu bringen, ist er doch manchen Staaten und deren Vertretern seit langem ein Dorn im Auge. Wir wissen aus vergangenen Jahren, daß Versuche ähnlicher Art gemacht worden sind, ohne bisher zu dem erhofften Ziel geführt zu haben. Immer wieder hat sich die Solidarität der Volksgruppen aller europäischen Minderheiten, die sich im Nationalitätenkongress zusammengeschlossen haben, stärker erwiesen als jene Versuche. Es war klar, daß die Juden jede Gelegenheit, besonders internationale Veranstaltungen, benützen, um den Kampf, den sie zur Zeit gegen das neue Deutschland führen, fortzuführen. Geht es doch bei ihnen um schwerwiegende Lebensfragen, deren Behandlung für ihre Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung ist.

So war es auch nicht zu verwundern, daß die Gruppe der Juden, welche als Zionisten und Vertreter des eigenen Volksstums an dem Nationalitätenkongress seit seinem Bestehen teilgenommen haben, den Versuch machten, auch diesen Nationalitätenkongress zu einer Behandlung der Judenfrage in Deutschland zu veranlassen. Sie vergaßen allerdings dabei vollständig,

dass der Nationalitätenkongress nach seinen Sitzungen, die er absichtlich mit aller Strenge die ganzen Jahre hindurch eingehalten hat, es grundsätzlich ablehnte, konkrete Vorgänge zu behandeln, weil das Gegenteil nur eine Spaltung der Gemeinschaft zur Folge haben könnte. Diese Absichten der jüdischen Gruppe kamen zum Ausdruck bei den Besprechungen des vorbereitenden Ausschusses Anfang Juli d. J. in Wien, gelegentlich deren auch Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Gruppe und der jüdischen Gruppe stattfanden, ja die sogar zu einer grundsätzlichen Einigung geführt haben, infosfern als auf dieser Grundlage weiter aufgebaut werden sollte. Die Einfüsse, welche während des in Prag tagenden Sonntagskongresses fühlbar wurden, brachten eine Veränderung in der Haltung der jüdischen Führung mit sich. Erneute Verhandlungen in Prag zwischen der deutschen und der jüdischen Gruppe bedeuteten, nachdem sich bei diesen Verhandlungen jüdische Vertreter anderer Länder, insbesondere Polens, eingeschaltet hatten, einen Rückschritt im Vergleich zu dem Abschluß in Wien.

Von Seiten der deutschen Gruppe war es abgelehnt worden, von den Sitzungen des Nationalitätenkongresses abzuweichen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß es zunächst einmal äußerst zweifelhaft, ja unwahrscheinlich wäre, daß die ganze Angelegenheit vor den Nationalitätenkongress zu kommen habe,

da die Juden Deutschlands es bisher grundsätzlich abgelehnt hatten, sich Minderheit zu nennen, und jede Einmischung ihrer Volksgenossen außerhalb Deutschlands sich energisch verboten.

Es handelte sich also um keine Minderheitsfrage, sodass sie den Nationalitätenkongress auch nichts anging. Wenn man auf deutscher Seite trotzdem zu einer Behandlung des Themas „Nationale Assimilation und Nationalitätenrechte“ bereit war, ja es sogar vorgeschlagen hatte, so lag hierin bereits ein außerordentliches Entgegenkommen, um so mehr als eine Erklärung der deutschen Gruppe vorgesehen war, nach der sie ihrer Auffassung nach den dissimilierten Gruppen den Anspruch auf Minderheitenrechte zuerkennen. Bevor die Verhandlungen von Prag in Bern fortgesetzt werden konnten, lief bei dem Präsidenten des Nationalitätenkongresses, Herrn Dr. Wilson, unter dem 8. September 1933 ein

Schreiben der jüdischen Gruppe

ein, das sich, wie nachstehend ersichtlich, als Ultimatum darstellte.

Die hier in Genf anlässlich der zweiten jüdischen Weltkonferenz versammelten Vertreter der jüdischen Minderheiten aus Polen, Rumänien, Lettland (mit Mandat von Litauen), Tschechoslowakei und Bulgarien, haben nach zwei Beratungen folgendes beschlossen: Da wir bis jetzt vom Ausschuss der Nationalitätenkongresse eine befriedigende Antwort mit Bezug auf die Haltung des bevorstehenden Kongresses in der Frage der deutschen Juden nicht erhalten haben, habe ich im Auftrag der obengenannten Minderheitenvertreter zu Ihnen ges. Kenntnis zu bringen, daß wir nur dann zum Minderheitenkongress gehen, wenn

folgende Forderungen

erfüllt sind:

1. Wenn Sie, hochverehrter Herr Präsident, die Aufgabe übernehmen, in Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Minderheiten dem Kongress eine Resolution vorzulegen, in welcher die Entretung der Juden Deutschland in klaren Worten als ein Verstoß gegen die Gesetze der Menschlichkeit und gegen die Minderheitenbewegung gekennzeichnet und verurteilt wird. Es ist aus dem Gesagten schon klar, daß diese Resolution nicht einen vagen Charakter tragen kann, sondern sowohl das Land, um das es sich handelt, als auch die Juden einschließlich nennen muß.

2. Falls den Teilnehmern des Kongresses eine unheimliche Diskussion über die Situation in Deutschland von vornherein zugesichert wird. — Gestatten Sie mir noch hinzuzufügen, daß diese Bedingungen bereits ein Kompromiß sind, welcher nach einer sehr stürmischen Debatte erreicht wurde, nachdem die Hälfte der jüdischen Minderheitenvertreter ohne weiteres für eine Nicht-Beteiligung am Kongress sich ausgesprochen hatten.

Ich hoffe daher, daß wir von Ihnen eine umgehende Antwort erhalten werden. Rufen Sie von uns unter dem Druck der Verhältnisse gestellte Bedingungen nicht akzeptiert werden können, oder falls wir bis Mittwoch den

13. September keine Antwort erhalten, so werden die jüdischen Minderheitentreter an den Minderheitenkongress nicht teilnehmen. — Seien Sie, hochverehrter Herr Präsident, von mir und den Ausländern aufs herzlichste gegrüßt, Ihr ganz ergebener (gez.) L. Moskin. — P.S. Ich bitte um Ihre gesl. telegraphische und briefliche Antwort an die obengenannte Adresse.“

In richtiger Erkenntnis der Sachlage wurde durch Dr. Wilson telegraphisch auf die Unmöglichkeit, in der kurzen Zeit eine Besprechung mit der deutschen Gruppe herbeizuführen, hingewiesen und im Übrigen betont, daß die einzigen kompetenten Instanzen zu einer Entscheidung über die angeschnittenen Fragen der Ausschuss und der Rat wären, die erst am 16. in Bern zusammengetreten könnten. Schon am 15. September fanden erneute Besprechungen zwischen den Vertretern der deutschen und der jüdischen Gruppe statt, und zwar unter Leitung von Dr. Wilson persönlich, die aber zu keinem Ziel führten, da selbstverständlich von deutscher Seite das Ultimatum voll und ganz abgelehnt wurde, andererseits der jüdischen Gruppe die von den Deutschen gebotene Erklärung nicht genügend erschien. In der am 16. vormittags stattgefundenen Ratssitzung des Kongresses wurde zunächst der Standpunkt beider Parteien gehört. Hierbei wurde von deutscher Seite betont, daß wohl niemand der Mitglieder des Rates (auch die Juden nicht) bereit wäre, die Zustimmung zu geben, daß das Volkstum, zu dem er gehörte, öffentlich während des Kongresses angegriffen würde, und ebensowenig einer der Anwesenden sich verpflichten würde, gegen sein eigenes Volkstum Stellung zu nehmen. Die deutsche Gruppe könnte nicht einsehen, weshalb man ihr etwas zumuten wollte, was die anderen niemals tun würden. Im Übrigen sei vor Jahren gegen die Ukrainerische Gruppe aus Polen eingegriffen worden, weil sie wegen der Pazifizierung der Ukrainer eine Anklagerede halten wollte, und im vorigen Jahr gegen die ungarische Gruppe, weil sie bei der Schilderung der Lage der Ungarn in der Tschechoslowakei sich von Angriffen gegen den Staat nicht freihalt.

In Abwesenheit der Deutschen und der Juden hat dann der Rat beschlossen, von den Gründänen und Sitzungen, wie sie bisher gegolten haben, nicht abzuweichen. Zu der öffentlichen Sitzung der Versammlung am 16. nachmittags war die jüdische Gruppe nicht erschienen. Der Präsident verkündete gleich zu Beginn, daß das Thema „Nationale Assimilation und Nationalitätenrechte“ wegen Erkrankung des Referenten Dr. Schiemann ausfallen sollte, er schilderte die Forderung der jüdischen Gruppe und gab sodann die Stellungnahme des Rates wieder.

Erklärung der deutschen Gruppe.

Von Seiten der deutschen Gruppe wurde eine Erklärung hierzu abgegeben, die folgenden Wortlaut hatte:

Aus der Mitteilung des Herrn Kongresspräsidenten erfahren wir, daß die Verhandlung des Referates „Nationale Assimilation und Nationalitätenrechte“ ausfällt. Wir bedauern das außerordentlich und möchten ausdrücklich darauf verweisen, daß die deutschen Gruppen das Präsidium des Nationalitätenkongresses schon im Juni gebeten hatten, die Aussprache über die grundsätzlichen Probleme der Ausgliederung andersgearteter Menschengruppen aus dem Volkskörper staatsführender Völker und der sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen in das Programm des Kongresses aufzunehmen. Wir glauben keine Diskussion damit zu entfesseln, wenn wir Ihnen die wichtigsten Gründe bekanntgeben, die für die Behandlung dieser Frage im Rahmen des Kongresses sprechen.

Die deutschen Gruppen haben sich stets gegen die Assimilation gewehrt, weil sie die Bindung an das Volkstum und an die Kultur des eigenen Volkstums als höchstes Gut und mit Ihnen zusammen als wichtigsten Gegenstand der Schutzfähigkeit unseres Kongresses ansehen.

Die Ausgliederung völkisch andersgearteter und besonders andersartiger Menschen aus einem Volkskörper halten wir für grundsätzlich berechtigt wobei wir es jedoch auch für gerechtfertigt erachten, wenn die durch Assimilation zu Minderheiten gemachten Menschengruppen bestrebt sind, die Rechte auch für sich geltend zu machen, für die unser Kongress bisher eingetreten ist. Wir erklären damit zugleich,

daß wir ohne Schwälerung und ohne Einschränkung nach wie vor auf den Grundsätzen des Kongresses stehen, die in seinen Resolutionen und seinen Arbeiten nun Jahre lang zum Ausdruck gekommen sind.

Der Herr Präsident hat in seiner Eröffnungsrede einen warmen Appell an die deutschen Gruppen gerichtet. Wir möchten ausdrücklich erklären, daß wir für die Grundsätze des Kongresses, für die wir schon bisher nicht wenige Beweise erbracht haben, auch in Zukunft mit aller Bestimmtheit eintreten werden.“

Sehr bald zeigte es sich, daß diese Erklärung der jüdischen Gruppe nicht genügte, denn es ging bei dem Präsidenten des Nationalitätenkongresses ein Schreiben der jüdischen Gruppe unter dem 17. 9. 33 ein, dessen Inhalt nur auszugsweise und allgemein gehalten durch den Präsidenten bekanntgegeben wurde, weil eine Verleakung des Schreibens wegen seines konkreten Inhalts nicht den Grundsätzen des Kongresses entsprochen hätte.

Von Seiten der deutschen Gruppe wurde hierach eine weitere Erklärung

folgenden Inhalts gegeben:

„Da die in der Sonnabendstunde des Kongresses abgegebene Erklärung der deutschen Gruppen infolge unterschiedlicher Auffassung bestimmter Begriffe zu unzutreffenden Auslegungen führen könnte, und da der Kongress die Absicht hat, zur Frage der nationalen Assimilation im Wege einer Entscheidung grundsätzlich Stellung zu nehmen, sehen sich die deutschen Gruppen veranlaßt,

folgende Feststellungen

zu machen: Die deutschen Gruppen haben die nationale Assimilation von jeher auf das schärfste bekämpft. Dieser grundlegende Standpunkt schließt es aus, daß Recht eines Volkes auf nationale Assimilation in Abrede zu stellen. Wir erkennen allerdings nicht, daß die Durch-

führung der Assimilierung an sich ein außergewöhnlicher und vielfach schmerzhafter Prozeß ist und seinem Wesen nach überall und immer sein wird, erachtet es aber mit den Grundsätzen des Kongresses nicht für vereinbar, im Zusammenhang mit bestimmten Geschehnissen zur Frage der bei der Assimilierung zu befolgenden Methoden Stellung zu nehmen. Jedenfalls sollten unserer Auffassung nach im Falle nationaler Assimilierung diejenigen Rechte nicht berührt werden, für die der Kongress der europäischen Nationalitäten in seinen Kundgebungen und Beschlüssen seit seinem Bestehen eingetreten ist. Daraus ergibt sich für die deutschen Gruppen der bereits bekanntgegebene Beschluss, sich für die Grundsätze des Kongresses auch in Zukunft einzusehen.“ — Darauf gelangte dann nachstehende Resolution zu einstimmiger Annahme:

„Im Falle der Einleitung und Durchführung nationaler Assimilierung sollen die Freiheiten und Rechte, für die der Kongress der europäischen Nationalitäten in seinen Kundgebungen und Beschlüssen seit seinem Bestehen eingetreten ist, unbeeinträchtigt bleiben.“

Unwahre Behauptungen.

Trotz dieses weitgehenden Entgegenkommens seitens des Kongresses und insbesondere der deutschen Gruppe hielt es der Vertreter der Juden für richtig, den an Dr. Wilson gerichteten Brief nicht nur der Presse zu übergeben, sondern ihn auch durch besondere Zirkulare unter den Mitgliedern des Kongresses zu verbreiten. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident, wir haben die Ehre, Ihnen in Vollmacht und im Namen sämtlicher jüdischer Gruppen, welche Mitglieder des europäischen Nationalitätenkongresses sind,

nachfolgende Erklärung

zu übermitteln: Durch die Erklärung, welche in der Eröffnungszeitung ohne Widerspruch im Namen der deutschen Volksgruppen abgegeben worden ist, wurde eine Situation geschaffen, durch welche die Voraussetzung für die Zusammenarbeit der auf diesem Kongress in gemeinsamer Arbeit zu gemeinsamen Zielen vereinigten Nationalitäten nicht nur in Frage gestellt, sondern eindeutig verneint wird. — Im Deutschen Reich hat das Problem der Beziehungen des Mehrheitsvolkes zu den Bürgern anderer Abstammung durch das Eingreifen der Staatsgewalt und der Gesetzgebung eine Gestaltung angenommen, die in der zivilisierten Welt ohne Beispiel ist. Der Kongress hat in Übereinstimmung aller Teilnehmer die Assimilation einer nationalen Minderheit durch staatliche oder staatlich geduldete Mittel der Gewalt und Verlockung immer verurteilt.

„Zu wir haben Assimilation nie gebilligt;

aber wir haben in den Bestrebungen eines Volkes zur Assimilation an ein anderes Volk und in der Aktion und Ablehnung dieses letzteren auf Assimilationsbestrebungen Angelegenheiten gesehen, welche zwischen Volk und Volk spielen und zwischen diesen geregelt werden. — Es schien uns selbstverständlich, daß Minderheitentreter, die seit Jahren mit stiftlichen Argumenten die Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen, die Eingriffe staatlicher Gewalt bei der Ablehnung der Assimilation ebenso verurteilen wie bei der Annahme der Assimilation. Das Vorgehen der Deutschen Regierung stellt aber keineswegs eine Ablehnung der Assimilation von Volk zu Volk dar, sondern eine Entredung der Juden vor dem Gesetz und der Verwaltung, ihre Herausstellung aus der Gleichberechtigung und ihre Differenzierung, wegen ihrer Abstammung, die Differenzierung ihres Volkes durch übermächtige Gewalt des Staates. Sie bedeutet nicht nur eine Verkürzung oder Verweigerung der Minderheitenrechte, sondern eine Verweigerung der Menschenrechte für Menschen jüdischer Abstammung, und damit eine und zwar programmatische Durchbrechung der Grundsätze, auf welchen der Schutz der nationalen Minderheiten, auch der deutschen Minderheiten, ruht. Ein gefährliches Beispiel, das, wenn es unwiderruflich hingenommen wird, wenn es insbesondere von den nationalen Minderheiten ohne leidenschaftlichen Widerspruch und Kampfansage hingenommen wird, das ganze System des Minderheitenrechtes in Europa mit dem Zusammenbruch unter dem Zugriff einer von keinen Rechtsgrundlagen gehemmten Gewalt des Stärkeren bedroht. — Wir hatten auf Grund vielerjähriger Zusammenarbeit diese Erkenntnis von der schicksalsmäßigen Solidarität in der Verteidigung des Rechtes jeder Minderheit hier zu finden gehofft, die Erkenntnis und den Ausdruck dieser Erkenntnis. — Die Erklärung der deutschen Volksgruppen findet für die Entredung, Veranlung, Vergewaltigung und Differenzierung der deutschen Juden nur das Wort der Billigung der „Ausgliederung“ eines Volkes durch das andere, Sie billigt ausdrücklich diese Ausgliederung wie sie in Deutschland vorgekommen ist; also die Verteilung der jüdischen Beamten, die Herausdrängung der Juden aus den freien Berufen, die Wegnahme der in langjähriger Arbeit aufgebauten Existenz, die Sperrung des Zugangs zu den Stätten der Bildung, die öffentliche Aufreizung und Diffamierung, auch in Schulen und unter der Jugend, und den systematischen auf Hass und Neid aufgebauten und auf völlige Vernichtung abzielenden Boykott. — Die Erklärung, welche hier im Namen der deutschen Volksgruppen abgegeben wurde, ist eine Zustimmung zu all diesen Maßnahmen vor aller Welt. Diese Zustimmung wird durch das gleichzeitige Bekennen zu den sonstigen Grundsätzen des Minderheitenkongresses nicht abgeschwächt, sondern verstärkt; ebenso wie durch den Zusatz, daß die deutschen Gruppen es für gerechtfertigt halten, wenn die so entreteten Menschengruppen, also hier die Juden, „bestrebt“ sind, auch für sich die durch diesen Kongress verteidigten Rechte geltend zu machen, weil der Zusatz vielmehr als Unterstreichung des Rechts auf zwangswise Ausgliederung wirkt, während den Juden selbst nur das Streben nach dem von dem Kongress verteidigten Recht angestanden wird. — Diese Erklärung macht uns die Zusammenarbeit auf dem Boden der Kongresse mit denen, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen, unmöglich. Wir sind daher nicht in der Lage, uns an den Beratungen dieser Kongresse zu beteiligen. Wir verfolgen mit Sympathie die Bemühungen derjenigen, welche die Ideen und Grundsätze der Kongresse verteidigen, und wir werden unsere weiteren Entschließungen davon abhängig machen müssen, inwieweit es unseren Freunden, mit denen wir lange in Verbundenheit gearbeitet haben, gelingen wird, dem Kongress seine ursprüngliche Grundlage, Übereinstimmung und Zielsetzung wiederzugeben. Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, den Ausdruck unserer beständigen Hochachtung.

Die neue deutsche Getreidepolitik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Noch keine Klarheit über Amerikas Währungs-Politik.

Washington, 25. September. (Eigene Drahtmeldung.) In konservativen Bankkreisen wird Genugtuung darüber befunden, daß Präsident Roosevelt zunächst nicht gewillt ist, die Währungs-inflation durchzuführen, sondern versuchen will, die Wirtschaft durch Kreditausweitung und riesige Regierungsaufträge usw. anzukurbeln. Andererseits ist man darüber, daß immer noch keine endgültige Entscheidung für oder gegen die Inflation getroffen bzw. keine endgültige Finanzpolitik aufgestellt worden ist, unentschlossen. In dreistündiger Konferenz wurde im Schatzamt über die praktischen Schritte für eine Kreditausweitung und für die Aufstellung der in den notleidenden Banken eingestorenen Depositen verhandelt. An dieser Besprechung nahmen teil Schatzsekretär Woodin, Haushaltssdirektor Douglas, ferner der Gouverneur des Bundesreserveteamtes Blad, sowie der Gouverneur der New York Bundesreservenbank Garrison. Wie verlautet, verlaufen die Befehlungen „auf der konservativen Linie“.

Täglich

notiert die Bromberger Getreidebörsé die Getreidepreise. Diese Notierungen sind maßgebend für den nordposenschen und pommerellischen Getreidemarkt. Noch am gleichen Tage finden unsere Leser die Notierungen der Bromberger Börse im Handelsteil unseres Blattes vor.

Beteiligung des polnischen Staates an der Bank Zwiazku Spółek Zarobkowych. Am 12. Oktober dieses Jahres findet eine Generalversammlung der Bank Zwiazku Spółek Zarobkowych statt, in der über eine für das weitere Geschäft dieses Unternehmens wichtige Frage Beschluss gefasst werden soll. Zwischen dem Verband der Genossenschaften, der das Patronat über die Bank ausübt, und dem Vorstand der Bank einerseits, sowie polnischen Regierungsfaktoren andererseits, kam es zu einem Einvernehmen, auf Grund dessen die Polnische Regierung, bzw. ein durch sie bevolmächtigtes Institut ein größeres Paket Vorzugsaktien, das sich im Besitz des Genossenschaftsverbandes befindet, übernehmen soll. Dadurch erhält der Polnische Staat einen entscheidenden Einfluß auf dieses große westpolnische Bankunternehmen. Zur Verbindung mit dieser Transaktion soll das Konsistorium der Bank aufgehoben werden. Im übrigen soll der Polnische Staat Garantien für einen gewissen Teil der Schulden der Bank übernehmen.

Neuer Trust polnischer Strumpffabriken. Behn Strumpffabriken haben in den letzten Tagen unabhängig von dem Strumpffabrikartell einen Trust gebildet, der von der Kotonmaschinenfabrik „Leżeczniki“ finanziert wurde. Diese Firma übernimmt vollkommen die Produktion der dem Trust angehörenden Fabriken. Dem Trust folgen folgende Firmen beigereitet: Rothbart, Safr & Bister, Eisenberg & Kalowksi, Thiele & Scheffel, Gebr. Popowksi, Brün & Popowksi, Dr. Damm, Nickel & Flauth in Podz, eine Fabrik in Czestochowa und eine Fabrik in Kalisch.

Holland bestellt Schienen in Oberschlesien. Wie aus Katowic gemeldet wird, hat die holländische Eisenbahnverwaltung 14.000 Tonnen Schienen zur Lieferung im Jahre 1934 bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte und der Friedenshütte A.G. bestellt.

EBD.

Firmennachrichten.

v. Czerst. In dem Konkursverfahren der Firma Przemysł Drzewny Hermann Schütt in Czerst bestätigte das Burggericht Kazimierz Raczkowice aus Bromberg als Konkursverwalter.

Graudenz. Termin zur Beschreibung und Abschätzung des Grundstücks Nieden (Rabyn), Kartenblatt 512, Bezirker: Franciszek Graczyk, ist auf den 10. Oktober d. J. bestimmt worden. Infolgedessen fordert der Gerichtsvollzieher des vierten Reviers in Graudenz, Fischmarkt (Rybun Rynke) 1, alle Personen, die an dem genannten Grundstück Rechte haben, auf, diese vorher bei ihm anzumelden.

v. Strasburg (Brodnica). Zwangsversteigerung des in Strasburg belegenen und im Grundbuch Strasburg, Blatt 128, auf den Namen der Cheleute Aleksander und Felicja Szłotowski eingetragenen Grundstücks (mit Gebäuden) am 17. November 1933, 9 Uhr, im Burggericht, Zimmer 51.

v. Strasburg (Brodnica). Zwangsversteigerung des in Strasburg belegenen und im Grundbuch Strasburg, Blatt 276, auf den Namen des Vermittlers Leon Bogacki in Strasburg eingetragenen Grundstücks (13,61 Ar mit Gebäuden) am 28. November 1933, 9 Uhr, im Burggericht, Zimmer 51.

v. Strasburg (Brodnica). Zwangsversteigerung des in Płowce, Kreis Strasburg, belegenen und im Grundbuch Płowce, Blatt 1, auf den Namen des Kurt Stoyki in Płowce eingetragenen Grundstücks von 29,47,80 Hektar mit Gebäuden, am 25. November 1933, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 51.

v. Strasburg (Brodnica). Zwangsversteigerung des in Brodzany, Kreis Strasburg, belegenen und im Grundbuch Strasburg, Blatt 143, auf den Namen der Cheleute: 1. Franciszek und Tekla Dymek, sowie 2. Bawrzyn und Apolonia Stęć eingeschriebenen Grundstücks von 10,22,62 Hektar mit Gebäuden am 29. November 1933, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 51.

v. Gdingen (Gdynia). Konkursverfahren eröffnet über das Vermögen der Alteca Finden in Gdingen. Konkursverwalter Rechtsanwalt Odyńca in Gdingen. Termin am 25. Oktober 1933, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 88.

Biehmarkt.

Der Londoner Baconmarkt, London, 25. September. Am Baconmarkt notierte man offiziell am 21. September in Schilling für Cwt.: Polnische Bacons Nr. 1 Szieble 70, Nr. 2 77, Szieble Nr. 3 75, Nr. 1 schwere 78, Nr. 2 schwere 78, Nr. 1 Sechser 74, Nr. 2 Sechser 74. Polnische Bacons wurden in Hull 76–80, in Liverpool 78–88 notiert.

In Danzig

nimmt unsere Filiale von

Tel. 21984 H. Schmidt, Holzmarkt 22 Tel. 21984

Inserate und Abonnements

zu Originalpreisen für die
„Deutsche Rundschau“

entgegen.

Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

Dr. Er. Das Ziel der deutschen Agrarpolitik ist seit einer langen Reihe von Jahren gewesen, Deutschland hinsichtlich seiner Getreideversorgung unabhängig vom Auslande zu machen, und die seit Jahrzehnten üblich gewesenen Weizeneinfüllungen durch die eigene Produktion zu ersetzen. Dieses Ziel ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr erreicht worden; für das neue Wirtschaftsjahr 1933/34 ist mit einem Überschuss an Weizen zu rechnen, dessen Abfall am Weltmarkt nur unter größten Schwierigkeiten und zu völlig ungünstigen Preisen möglich wäre. Während bei der Roggengewinnung eine Überleitung für die menschliche Ernährung überflüssigen Mengen auf die Viehfütterung möglich ist, fehlt diese Möglichkeit im wesentlichen beim Weizen, und daher war eine Regelung dringend erforderlich, welche auf der einen Seite der heimischen Landwirtschaft einen ertragreichen Preis für ihre Getreideproduktion sichert, auf der anderen Seite aber im Einklang mit den internationalen Maßregeln zur Beschränkung des Weizenanbaus die heimische Erzeugung nach Möglichkeit auf den heimischen Bedarf beschränkt. Fast gleichzeitig wie in Frankreich, das sich hinsichtlich der Weizenfrage in einer ähnlichen Lage wie Deutschland befindet, hat die Deutsche Regierung daher eine grundästhetische Neuordnung der Getreidewirtschaft in Angriff genommen, und hierbei zunächst für Weizen und Roggen ein System von Zettelpreisen geschaffen, deren Umgebung verboten und unter Strafe gestellt ist, andererseits aber eine Vermehrung des Weizenanbaus verboten und darüber hinaus eine freiwillige Einschränkung des Getreideanbaus der Bevölkerung auferlegt. Diese Anordnung darf hinsichtlich des hohen Grades der Autorität, dessen sich die Deutsche Regierung erfreut, auf der ganzen Linie befolgt werden, so daß es voraussichtlich nicht notwendig sein wird, beim Heraufreisen der nächsthöheren Ernte zu einer Art von Kontingenzen der Getreideablieferung und der Getreideanbauflächen zu schreiten. Diese Maßregeln sind unumgänglich, wenn der Appell an die freiwillige Einsicht versagen sollte, da die Sicherung eines gerechten Preises für den Landwirt wirtschaftlich und finanziell unmöglich ist, wenn die Landwirtschaft ihre Produktion an Brotgetreide über das verbrauchsfähige Maß ausdehnt. Es ist nur eine logische Folge des Grundsatzes, daß der Terninhandel mit Brotgetreide verboten wurde, und überhaupt jede Art von Spekulation mit Brotgetreide durch die getroffenen Maßregeln praktisch unmöglich gemacht wird. Die von der Reichsregierung für das neue Wirtschaftsjahr festgesetzten Preise liegen etwas niedriger als die im Vorjahr gezahlten; der Preissturz dürfte jedoch am freien Markt mit Rücksicht auf die reichliche Ernte sicherlich größer geworden sein. Der Höchstpreis, der für Weizen mit 182.— Rmf. je Tonne, für Roggen mit 147 je Tonne beginnt, steigt beim Weizen von Monat zu Monat, bis zum Juni 1934 auf 195.— Rmf., für Roggen entsprechend auf 165.— Rmf. im Juni 1934. Der Preisunterschied bietet weder einen Anreiz zur vorzeitigen Ablieferung, noch zur Zurückhaltung von Getreidevorräten. Es darf somit erwartet werden, daß sich die Getreidebewegung im geordneten Bahnen vollzieht, zumal genügende Vorkehrungen für die Beliebung von Getreidevorräten getroffen sind.

Mit der Regelung der Getreidewirtschaft ist eine Regelung der Mehlmittelschaft verbunden, um spekulative Schwankungen der Mehlprixe zu verhindern, von deren Entwicklung es wesentlich abhängt, ob als Gegenstand einer geregelten Getreidewirtschaft auch eine geregelte von Preisschwankungen möglichst unverhüllte Versorgung der Bevölkerung mit Brot sich entwickeln kann.

Man wird dieser Regelung nicht die Anerkennung versagen können, daß sie ein klares, wirtschaftlich vertretbares Ziel verfolgt, und das Resultat der Bemühungen einer langen Reihe von Jahren nach Möglichkeit sicherstellt, die Volksernährung aus Erzeugnissen der heimischen Scholle zu bewirken.

Naturgemäß erhebt sich die Frage, welche Rückwirkung die getroffene Regelung auf die Landwirtschaft im ganzen haben wird. Im Zusammenhang mit der Flechtwirtschaft der Deutschen Regierung ist die Überfüllung des Marktes durch Auslandszufuhren im wesentlichen abgedrosselt mit dem Erfolge einer nicht unerheblichen Preissteigerung. So verständigerlich sich der einzelne Landwirt in die Pläne der Reichsregierung einordnet, und seinen Bestellplan entsprechend gestaltet, um so leichter wird es ihm möglich sein, seine Selbstkosten hinsichtlich der Milch- und Fleischproduktion herabzudrücken, und an den Vorteilen angemessener Preise für diese Produkte teilzunehmen. Da in Deutschland getroffene Regelung kennzeichnet sich ohne Zweifel durch klare und einfache Grundlinien und eindeutige Zielstellung aus und könnte bei weitem für alle in ähnlicher agrarischer Lage befindlichen Länder sein. Für solche Länder freilich, die von vorn herein auf eine erhebliche Ausfuhr von Agrarerzeugnissen angewiesen sind, ist das deutsche Beispiel nicht ohne weiteres anwendbar. In diesen Ländern, zu denen zwar nicht in der Getreidewirtschaft, wohl aber in der Viehwirtschaft auch Polen gehört, wird die Pflege der Ausfuhrmöglichkeiten und die Eröffnung neuer Ausfuhrwege stets mit an der Spitze der Maßregeln stehen, mit denen die Agrarkrise bekämpft werden muß.

Die in sich durchaus folgerichtige Umleitung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung auf den Futterpflanzenanbau gewinnt ihren inneren Sinn ebenfalls aus der Zettelpolitik der Regierung, die sich einmal die Hebung der heimischen Futtererzeugung und andererseits die Besserung der Schweinepreise durch stärkere Verwendung von Schweinefett für die Margarineerzeugung zum Ziel gesetzt hat. Die Bekämpfung des sehr großen Fleißbedarfs der deutschen Bevölkerung und die Einschränkung der aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Margarine ist nur denkbar, wenn die Landwirtschaft durch eine entsprechende Steigerung der Milcherzeugung und Schweineerzeugung die notwendigen Fettmittel zur Verfügung stellen kann. Die Voraussetzung dafür ist, daß der Landwirt für Milch bzw. Butter und für ausgemästete Schweine einen Preis gewinnt, der ihm die gehabten Unkosten erst und einen angemessenen Gewinn läßt. Durch die bisher getroffenen Maßregeln ist die Überfüllung des Marktes durch Auslandszufuhren im wesentlichen abgedrosselt mit dem Erfolge einer nicht unerheblichen Preissteigerung. So verständigerlich sich der einzelne Landwirt in die Pläne der Reichsregierung einordnet, und seinen Bestellplan entsprechend gestaltet, um so leichter wird es ihm möglich sein, seine Selbstkosten hinsichtlich der Milch- und Fleischproduktion herabzudrücken, und an den Vorteilen angemessener Preise für diese Produkte teilzunehmen. Da in Deutschland getroffene Regelung kennzeichnet sich ohne Zweifel durch klare und einfache Grundlinien und eindeutige Zielstellung aus und könnte bei weitem für alle in ähnlicher agrarischer Lage befindlichen Länder sein. Für solche Länder freilich, die von vorn herein auf eine erhebliche Ausfuhr von Agrarerzeugnissen angewiesen sind, ist das deutsche Beispiel nicht ohne weiteres anwendbar. In diesen Ländern, zu denen zwar nicht in der Getreidewirtschaft, wohl aber in der Viehwirtschaft auch Polen gehört, wird die Pflege der Ausfuhrmöglichkeiten und die Eröffnung neuer Ausfuhrwege stets mit an der Spitze der Maßregeln stehen, mit denen die Agrarkrise bekämpft werden muß.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Politi“ für den 26. September auf 5,9244 Röth festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polti beträgt 6% der Lombardsatz 7%.

Der Zinszettel am 25. September. Danzig: Ueberweisung 57,49 bis 57,61, Berlin: Ueberweisung 46,75–47,15, Wien: Ueberweisung 78,95, Prag: Ueberweisung 38,00, Paris: Ueberweisung 286,00, Zürich: Ueberweisung 57,70, Mailand: Ueberweisung 213,00, London: Ueberweisung 27,75.

Warschauer Börse vom 25. Septbr. Umsatz, Verkauf – Kauf. Belgien 124,75, 125,06 – 124,44, Belgrad –, Budapest –, Bukarest –, Danzig –, Helsinki –, Spanien –, Holland 360,85, 361,75 – 359,95, Japan –, Konstantinopel –, Kopenhagen –, London –, 28,02 – 27,72, Newyork 5,89, 5,93 – 5,85, Oslo –, Paris 35,00, 35,09 – 34,91, Prag –, Riga –, Sofia –, Stockholm –, Schweiz 173,25, 173,68 – 172,82, Tallin –, Wien –, Italien –.

London Umtäke 27,85–27,87.

Berlin, 25. September. Amtl. Devisenliste. Newyork 2,75–2,76, London 13,03–13,07, Holland 169,03–169,37, Norwegen 65,53 bis 65,67, Schweden 67,23–67,37, Belgien 58,48–58,60, Italien 22,04 bis 22,08, Frankreich 16,40–16,44, Schweiz 81,05–81,21, Prag 12,41 bis 12,43, Wien 48,05–48,15, Danzig 81,52–81,68, Warschau 46,90–47,10.

Österlicher Börse vom 25. September. (Umläufig.) Warschau 57,70, Paris 20,20%, London 16,08%, Newyork 3,39, Brüssel 71,97%, Italien 27,12%, Spanien 43,22%, Amsterdam 208,25, Berlin 123,17%, Wien offiziell 72,63, Noten 56,00, Stockholm 82,75, Oslo 80,70, Kopenhagen 71,70, Sofia –, Prag 15,30, Belgrad 7,00, Athen 2,93, Konstantinopel 2,47, Budapest 3,00, Helsingfors 7,05, Buenos Aires –, Japan 0,93.

Die Bank Polti zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,78 R., do. ll. Scheine –, ll. 1 Bid. Sterling 27,66 R., 1 Schweizer Franken 172,57 R., 100 franz. Franken 34,86 R., 100 deutsche Mark 207,00 R., 100 Danziger Gulden 173,12 R., tschech. Krone –, 3 R., österr. Schilling –, R., holländischer Gulden 359,45.

Attienmarkt.

Posener Börse vom 25. September. Es notierten: 5proz. Staatsliche Konkurrenz-Anleihe 55,50 R., 4½ proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,77), 88,5 R., 4 proz. Konkurrenz-Briefe der Posener Landschaft 87,5 R., 4½ proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 5,60–5,65 +. Tendenz ruhig. (R. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsé vom 26. September. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonsladungen) für 100 Rilo in Röth:

Transaktionspreise:

Warschau, 25. September. Getreide, Mehl und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörsé für 100 Rilo. Parität Wagon Warschau: Einheitsroggen 14,25–14,75, Einheitsweizen 22,00–22,50, Sammelweizen 21,00–22,00, Einheitshafer 15,00–15,50, Sammelhafer 14,50–15,00, Braugerste 15,50–16,00, Mahlgerste 14,50 bis 15,00, Trügerste 24,00–27,00, Winterrappe 37,00–39,00, Rottlee ohne dicke Flachsleide –, Rottlee ohne dicke Flachsleide bis 97% gereinigt –, roher Weizhlee –, roher Weizhlee bis 97% gereinigt –, Luxus-Weizemehl (45%) 1. Sorte 40,00–45,00, Weizemehl (65%) 1. Sorte 27,00–40,00, Weizemehl 2. Sorte (20%) nach Luxus-Weizemehl 34,00–37,00, Weizemehl 3. Sorte 20,00–25,00, Roggenmehl I 25,00–27,00, Roggenmehl II 19,00–21,00, Roggenmehl III 19,00–21,00, grobe Weizenteile 9,50–10,00, mittlere 9,00–9,50, Roggenfleie 8,00 bis 8,50, Leinluchen 16,00–16,50, Rapsflocken 13,00–13,50, Sonnenblumenluchen 16,50–17,00, doppelt gereinigte Serradella –, blaue Lupinen –, gelbe –, Peluschen –, Widien –, Winterrüben 37,00–39,00, Sommerluchen 37,00–39,00, blauer Mohn 60,00–70,00.

Umsätze 4132 to, davon 2885 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsé vom 25. September. Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Röth:

Transaktionspreise:

Roggen	165 to	:	:	:	:	:	:	:	14,75
	15 to	:	:	:	:	:	:	:	14,65
Hafer	75 to	:	:	:	:	:	:	:	14,40
	75 to	:	:	:	:	:	:	:	14,35
Mahlgerste	15 to	:	:	:	:	:	:	:	14,25
	5 to	:	:	:</td					